Angehörigen Info

C 10190 4.7.1997 Preis: 3,00 DM **196**

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Ein Brief von Rolf-Clemens Wagner

„... gibt es heute nur noch die Freilassung"

Wir Gefangenen sind - nur graduell unterschiedlich - alle gesundheitlich stark geschädigt. Das ist eine Tatsache, die nicht mehr ignoriert werden kann.

Die ärztlich festgestellten organischen Schäden sind degenerativer Natur. Sie sind deutlich von üblichen Knastschäden unterscheidbare Ergebnisse von Langzeitisolation und nicht durchgeführter medizinischer Behandlung in den 90er Jahren.

Die Symptome sind hauptsächlich physische Kraftlosigkeit, Dauerschmerzen, Immunschwäche und eine daraus resultierende geschwächte Arbeitskraft. Die Substanz, von der wir die ganze Zeit gelebt haben, ist aufgebraucht.

So ist die Situation. Das muß sozusagen in Rechnung gestellt werden.

Wenn sich jetzt Leute überlegen, was angesichts der Lage zu tun ist, finde ich es aber wichtig, daß sie sich nicht ausschließlich auf unseren schlechten Zustand konzentrieren. Die Politik darf dabei nicht herausfallen, sonst saufen die wirklichen Zusammenhänge im Krankheitsjammer ab.

Das erste, das man in der heutigen Situation festhalten muß, ist, daß sich an den akuten Fällen wie bei Heidi und Helmut zeigt, daß medizinisch unter Knastverhältnissen gar nichts mehr zu machen ist.

Der Justizapparat ist ohne Probleme in der Lage, ärztlich angeordnete Untersuchungen über Jahre hinweg zu verzögern, Ergebnisse umzudeuten und notwendige Behandlungen zu hintertreiben. Inzwischen ist es in manchen Fällen so weit, daß auch im Knast eventuell mögliche Behandlungen nicht mehr anschlagen.

Das heißt aber nur, daß wir rausmüssen, ***bevor*** die systematische Zerrüttung zu irreversiblen Erfolgen kommt.

Das zweite sind die ursächlichen politischen Zusammenhänge, die es festzuhalten gibt.

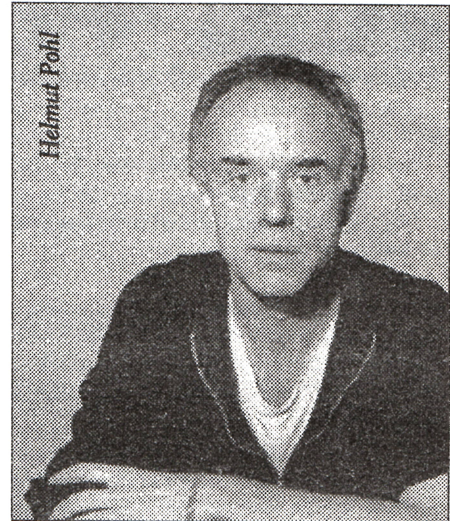
Und da in erster Linie die sondergesetzliche Staatspolitik gegen uns, die von Anfang an und erklärtermaßen das Ziel hatte, uns als politische Menschen auszuschalten, und wenn nicht anders möglich, eben auch über die physische Zerstörung. Und weiter ist der zugespitzte Zustand bei uns übriggebliebenen Gefangenen jetzt konkret ein Ergebnis des Kurses von '92, in dem wir noch einmal so richtig zubetoniert worden sind.

Vernichtungshaft, der Begriff war immer präzis.

Dieses Politik gegen uns muß aufgehoben werden. Da gibt es heute nur noch die Freilassung.

Darum geht es, das ist unser Lösungsansatz, weil, wie sich zeigt, auch medizinisch anders nichts mehr real wird.

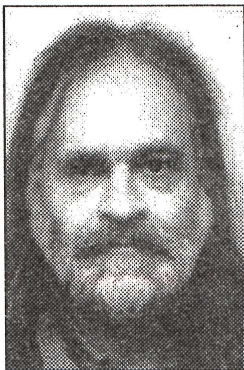
Und das darf nicht mit der Krankenmisere zugeschüttet werden.


Helmut Pohl

Zum Brief von Rolf-Clemens

Einige haben bereits von der zugespitzten gesundheitlichen Situation von Helmut Pohl und Heidi Schulz erfahren. Und davon, mit welchem Zynismus der Apparat reagiert. Ihre körperliche Verfassung ist das kalkulierte Ergebnis jahrelanger Isolation und fortdauernder Angriffe auf ihre Gesundheit


Heidi Schulz


Rolf Heißler


Brigitte Mohnhaupt


Rolf-Clemens Wagner


Sieglinde Hofmann


Christian Klar


Eva Haule

und ihre politische Integrität.

Bei Heidi sind es jetzt 15 Jahre, bei Helmut insgesamt 21 Jahre.

Die Situation aller anderen Gefangenen ist entsprechend.

Dazu noch ein Gedanke.

1975, vor 22 Jahren, stellte der Journalist einer bürgerlichen Zeitschrift mit Blick auf den Prozeß in Stammheim und auf die Gefangenen fest:

„Wer ein halbes Jahr eingesperrt ist, gleicht einem Menschen, der einen schweren operativen Eingriff erlitt. Wer fast ***drei Jahre*** eingesperrt ist, gleicht einem Menschen, dem ein Glied amputiert wurde."

Das waren zu dieser Zeit, zwei Jahre vor 77, noch mögliche Wahrnehmungen sogar von Menschen, die uns, den Gefangenen aus der RAF, vollkommen feindlich gesinnt waren. Das war in einer Zeit der hochgepeitschten psychologischen Kriegführung.

Heute geht es bei den Gefangenen zeitlich um ganz andere Ausmaße-

Und Zeit ist eine Dimension der Folter, wie das Mittel, die Isolation.

Rolf Heißler, insgesamt 22 Jahre
Helmut Pohl, insgesamt 21 Jahre
Brigitte Mohnhaupt, insgesamt 19 Jahre
Stefan Wisniewski, 19 Jahre
Rolf-Clemens Wagner, 18 Jahre
Sieglinde Hofmann, 17 Jahre
Heidi Schulz, 15 Jahre
Christian Klar, 15 Jahre
Eva Haule, 11 Jahre
Birgit Hogefeld, 4 Jahre

Heute erscheinen die Sinne der Menschen hier draußen abgestumpft gegenüber dieser Realität, wie auch gegenüber der wachsenden Destruktivität der BRD-Macht insgesamt.

Die RAF ist heute Geschichte im Gegensatz zu 1975.

Die Vernichtungshaft aber ist ungebrochene Realität.

Die konkrete Situation der Gefangenen

Vorweg einige Sätze zur Systematik der Maßnahmen:

die vielen Jahre der Isolation sind der fundamentale Angriff auf jeden Gefangenen. Darauf bauen alle weiteren Sondermaßnahmen, Differenzierungen auf.

Es sind drei Stufen: zuerst die absolute Isolation.

Später wird der Faktor Zeit bedeutsam. In dieser Phase - nach mindestens 46 Jahren - werden Kontakte innerhalb des von Widersprüchen aufgeladenen Knastalltags zugelassen.

Die Isolation nach außen bleibt, genauso die Sondermaßnahmen. Der Staatsschutz und die BAW haben weiter und bis heute ihre Pfoten auf den Bedingungen, sie bestimmen, was läuft.

Dann, wenn die physischen Folgen der Haft durchbrechen, können sie im Knastapparat als weitere und als die zynischsten Waffen gegen die Gefangenen eingesetzt werden.

Die Knastmedizin hat generell die Funktion der Ruhigstellung, der Neutralisierung von Widerstandsgeist, der Absegnung der schlimmsten und entwürdigsten Angriffe auf Gefangene. Gegen die politischen Gefangenen kommt das potenziert zum Einsatz.

Helmut Pohl

Helmut ist seit Juli 84 Gefangen, davor war er schon einmal 2 Jahre und 6 Jahre im Knast. Das Urteil gegen ihn: lebenslang. Seit 87 ist er in Schwalmstadt.

Seit Ende 89 ist er mit Rolf-Clemens Wagner zusammen.

Seit 89 ist dem Knast bekannt, daß Helmut ein Wirbelsäulenleiden hat, das sich in schweren körperlichen Krisen alle zwei Monate äußerte, mit Taubheitsgefühlen im Arm, krassen Schmerzen im Rückenbereich bis zum Zusammenbruch der Körperfunktionen. Anstaltsarzt Bäblich in Schwalmstadt sagte zu Helmut, daß er „so einen wie ihn nicht behandelt". Anträge auf externe Fachärzte des Vertrauens wurden abgelehnt.

Deswegen entschloß sich Helmut zu einer Klage gegen das Land Hessen.

In dem dazu von ihm eingeleiteten Beweissicherungsverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung kommt es 1992 zu den ersten relevanten Untersuchungen. Die Röntgenaufnahmen von diesen Untersuchungen „verschwinden" auf dem Weg zum Knast! Denn ohne Röntgenaufnahmen sind therapeutische Maßnahmen nicht möglich.

Im Dezember 96 hat Helmut einen Bandscheibenvorfall im Lendenwirbelbereich. Die Untersuchung, die das feststellt, wird erst 2 Monate nach dem Vorfall zugelassen. Der externe Facharzt stellt fest: Bei Helmut haben sich außerdem Verknöcherungen über mehrere Halswirbel hinweg gebildet, die ins Rückenmark hineinragen und es an einer Stelle eindrücken.

Es droht eine irreversible Lähmung.

Der Facharzt sieht die Notwendigkeit einer Operation.

Die BAW sieht keinen Handlungsbedarf. Sie fordert einen zweiten Gutachter.

Dieser Gutachter, der seit über 20 Jahren im Gutachtergeschäft für die Gefängnisbehörden tätig ist, sagt zu Helmut, er „müsse damit leben". Er Widerspricht dem ersten Gutachter.

Die BAW bezieht sich allein auf diesen zweiten Gutachter, sieht weiter keinen Handlungsbedarf. Die Anstalt (!) „wird prüfen", so die BAW, was innerhalb des Knastes zur Behandlung zu tun ist, also die, die über 8 Jahre alle verhindert haben.

Es geschieht also nichts.

Das ist der Stand bei Helmut.

Die Schmerzen nehmen weiterhin zu, genauso die Bewegungseinschränkungen.

Heidi Schulz

Heidi wurde im November 82 verhaftet. Sie war 6 Jahre in Einzelisolation. Nach dem Hungerstreik 89 war sie in einer Kleingruppe zusammen mit drei weiteren Gefangenen aus der RAF. Diese Kleingruppe existierte nur wenige Jahre. Heute ist sie allein mit Sieglinde Hofmann im Gefängnis Köln-Ossendorf.

Das Urteil: 2x lebenslang. 1994 der 2. Prozeß, ein Kronzeugenprozeß: ein weiteres lebenslang.

Die Situation von Heidi ist genauso gravierend.

Bei Heidi kommen seit 1990 immer mehr die physischen Auswirkungen der Isolationshaft zum Durchbruch.

Nach der Feststellung einer Knotenbildung in der Brust beantragt Heidi 1991 die Zulassung einer Ärztin. Nach Verzögerungen, nach Versuchen, Ärztinnen durch diskriminierende Maßnahmen abzuschrecken,


Birgit Hogefeld

nach 14 Monaten, wird eine Ärztin zugelassen.

Sie stellt fest, Untersuchungen außerhalb des Knasts sind erforderlich, es werden schließlich Operationen notwendig.

Alle Untersuchungen, jeder Eingriff wird verschleppt und findet unter menschenunwürdigen Bedingungen statt. Therapeutische Maßnahmen, Medikamente bekommt Heidi mit Verzögerungen bis zu zwei Monaten oder eben gar nicht.

Es ist ein elendes Tauziehen um Selbstverständlichkeiten Monat um Monat, Jahr um Jahr, das Kräfte frißt. Man kann sich die immer neuen Palette von Lügen und Willkürmaßnahmen Tag für Tag nicht vorstellen, wenn man nicht selbst unmittelbar mit diesem Knastregime konfrontiert war, als Gefangener oder Angehöriger.

Das Ergebnis ist, der Gesundheitszustand von Heidi verschlechtert sich stetig.

Es hat ein rapider Gewichts- und Kräfteverlust eingesetzt.

Jedem mit geringer medizinischer Kenntnis ist bekannt, daß Gewichtsverlust ab einem bestimmten Punkt nicht mehr zu stoppen ist. Jede weitere Zeit im Gefängnis wird immer mehr zu einer unmittelbaren Lebensbedrohung.

Die Situation von allen anderen Gefangenen aus der RAF unterscheidet sich nicht grundsätzlich. Die Entwicklung bis zu dieser Zuspitzung bei Heidi und Helmut ist exemplarisch für das, was bei allen stattfindet.

Es gibt Differenzierungen in den Maßnahmen, und bei jedem Mensch ist der Punkt, wo die Vernichtungshaft in massive körperliche Zerstörung umschlägt, ein anderer, je nach seiner physischen Konstitution.

Rolf-Clemens benennt die allgemeinen Symptome: physische Kraftlosigkeit, Dauerschmerzen, Immunschwäche. Alle körperlichen Schäden - die massiven Wirbelsäulen-Probleme, die Überreizung der Verdauungsorgane, Tinitus - deuten auf die Ursache des systematischen Reizentzugs, der Entsinnlichung, bei gleichzeitiger Herstellung eines permanenten Spannungszustands. Der Knast ist ein verödeter Raum, die Isolation potenziert diese Verödung um ein Vielfaches. Aber man darf sich nicht vorstellen, daß dort ein einziger Tag ohne Übergriffe vergeht. Der Körper ist ständig alarmiert, schließlich verweigert er sich Bedingungen, die nicht zum Leben, sondern zur Vernichtung gemacht sind.

Mit Streßerfahrungen hier draußen im Alltag ist das in nichts zu vergleichen, wo jede Situation die Möglichkeit des Veränderns oder des Ausweichens in sich hat.

Christian sagt in seinem Interview im April (süddeutsche Zeitung Magazin 25.4.97) auf die Frage nach der Wirkung der Haft:

„Ich bin schon weit darüber hinaus, dafür noch Worte zu haben. Die Isolationshaft zerschlägt den Gefangenen buchstäblich in Einzelstücke, mit dem Kalkül, daß er jahrelang ohne Rückhalt sich in seiner Qual an die Macht wendet, ihn wieder heil zusammenzufügen. Politische Gefangene sitzen einen doppelten Knast ab. Da ist einmal die direkt gegen sie gerichtete Maßnahmen, und dazu noch die demonstrative Seite, mit der der Staat auf die Gesellschaft zielt!“

Christa Eckes

Hintergrundinformationen insbesondere zur Situation von Heidi und Helmut sind unter folgenden Adressen zu bekommen:
Gila Pohl, PF 700 830, 60558 Frankfurt
Mathias Meyers, PF 1205, 55002 Mainz
Spendet auf das Angehörigenkonto, Stichwort „Freilassung“, Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Kto-Nr. 54 54 194

Leider haben wir kein zur Veröffentlichung freigegebenes Foto von Stefan Wisniewski

Homann lügt, Spiegel auch

Im *„Spiegel“* Nr. 21 vom 19. Mai 1977 durfte sich Homann, der im Sommer 1970 mit der RAF in Palästina war, lang und breit darüber auslassen, wie er damals angeblich hätte liquidiert werden sollen, davon aber mit Hilfe der Palästinenser rechtzeitig erfahren hätte und so seiner beabsichtigten „Liquidation“ entkommen konnte.

Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, schrieb dazu in einem Leserbrief an den *„Spiegel“*, den dieser unterschlug, den wir aber im *Angehörigen Info* 195 dokumentierten:

„zeitzeug-inn-en gibt es kaum noch, die meisten zitierten und denunzierten sind tot und können sich nicht mehr wehren, sie können nicht widersprechen oder richtigstellen.“

Das ist richtig. Trotzdem sind die Lügen des geschwätzigen Homann schwarz auf weiß nachzuweisen. Der nämlich hat dem Spiegel schon einmal ein Interview gegeben, 1971, ein Jahr, nachdem er der angeblichen Liquidation knapp „entkommen“ (*Spiegel* 48/1971) war. Schildert Homann heute, wie er 1970 das angebliche Mordkomplott nur dadurch „überlebt“ habe, daß er die Verschwörung durch ein offenes Fenster belauschte (*Spiegel* 21/97), antwortete er 1971 auf die Frage: „Wußte die Gruppe denn, daß Sie sich absetzen wollten?“ mit *„Sicher, ich hab' es ihnen gesagt“*, auf die Frage: „Haben Sie damals für möglich gehalten, daß man Sie liquidiert?“ mit *„Nee, nee“*, auf die Frage: „ Sind Sie bedroht worden, als bekannt wurde, daß Sie sich stellen und möglicherweise auch auspacken würden? „ mit *„Nein - auch wenn es in der Zeitung stand.“* Daß Homann damals aus Angst verschwiegen haben könnte, was er heute von sich gibt, ist absolut unwahrscheinlich. Er fuhr nämlich, nachdem er das Interview noch einmal 8 Stunden mit den *Spiegel*-Redakteuren durchgesprochen hatte, zusammen mit *Spiegel*-Anwalt Josef Augstein nach Bonn, um sich der Sicherungsgruppe zu stellen. Auch das stand damals im *Spiegel* 48/1971, unter „Hausmitteilung“.

Der *„Spiegel“* 21/97 zitiert in einem die Homannschen Lügengeschichten begleitenden Artikel aus dem Interview von 1971, das also offensichtlich herangezogen und präsent war. Die Lüge ist ihnen nicht unterlaufen, sie ist gezielt. Ziel ist, die Geschichtsschreibung zu beherrschen. Die RAF und ihre Anfänge müßten entmythologisiert werden, so hat irgendein Meinungsmacher es kürzlich ausgedrückt und damit gemeint, daß die RAF dämonisiert und so die totalitäre Machtentfaltung des Staates bei der Bekämpfung der RAF, seine ungezählten Untaten und Rechtsbrüche legitimiert werden müßten, jetzt, zwanzig Jahre nach dem „deutschen Herbst“, immer noch und vielleicht mehr denn je.

Die propagandistische Offensive der Repräsentanten und Verfechter des Austilgungskurses ist angelaufen. Gegenöffentlichkeit ist dringend nötig, gerade auch im Hinblick auf die zu erkämpfende Freilassung der Gefangenen aus der RAF.

Wir bitten deshalb alle Gruppen, die politische Initiativen zur Freilassung oder zum Herbst hin Veranstaltungen o.ä. vorbereiten, uns davon zu informieren, damit wir mit dem Info die Herausbildung von Gegenöffentlichkeit so gut wie möglich unterstützen können. (scc)

SPIEGEL: Haben Sie damals es für möglich gehalten, daß man sie liquidiert?
HOMANN: **Nee, nee.**
SPIEGEL: Sie sind dann, nach der Trennung, wieder nach Deutschland zurückgekehrt?

1. Mai in Berlin

In Haft für das Abspielen eines Liedes

Seit dem 1. Mai 1997 sitzt mein Mandant Ulrich L. im Untersuchungsgefängnis Berlin. Ihm wird vorgeworfen, auf einer 1. Mai-Demo vom Lautsprecherwagen aus ein Lied, das die Worte enthält „Deutschland verrecke" gespielt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat ihn deshalb wegen „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" (und wegen Widerstands gegen den Staatsgewalt, weil er sich seiner Festnahme widersetzt haben soll), angeklagt. Der Prozeß wird vermutlich im August beginnen. Eine Haftverschonung wurde bisher abgelehnt.

Unklar ist, welches Lied überhaupt abgespielt worden ist. Die Staatsorgane haben das nicht feststellen können. Möglicherweise soll es sich um den Song „Deutschland" der Gruppe „Slime" handeln. Ein alter Song, viel gehört und gespielt, nicht „verboten" und auch nicht auf dem Index der Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften.

In einem Gutachten für die Verteidigung hat SPEX-Mitherausgeber Diedrich Diedrichsen deutlich gemacht, warum dieser Punk-Titel nicht mit dem Strafgesetzbuch kollidiert. Kunstfreiheit und Zensurverbot der Verfassung würden bei einer Verurteilung verletzt werden, auch andere Lieder, KünstlerInnen und Bands wären bedroht.

Der Polizeieinsatz am 1. Mai war ein Angriff auf die Versammlungsfreiheit. Die Anklage ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Im Prozeß darf es nicht zu einer Verurteilung kommen. Dringend muß auch die unverhältnismäßige Untersuchungshaft beendet werden.

Für mehr Infos stehe ich gern zur Verfügung.

Solidaritätspost an: Ulrich Lohmann, c/o LG Berlin, Turmstr. 91, 10548 Berlin, Aktenzeichen: 502a-7/97

Protestfaxe an: Landgericht Berlin Staatsschutzkammer 2a, Fax 0 30/39 79 20 10, Aktenzeichen 502a-7/97 (eine Kopie an mich)

24.6.97, Rechtsanwalt Dr. Heinz-Jürgen Schneider, Glücksburger Str. 8, 22769 Hamburg, Tel. & Fax: 0 40/8 51 31 16

Pressemitteilung

Repression gegen Interim

Gestern, am 12. Juni 1997, ließ die Berliner Staatsanwaltschaft mit 500 Polizeibeamten die Wohnprojekte Yorkstr. 59, Reichenberger Str. 63a, einen Büroraum der Antirassistischen Initiative e. V., Wohnungen in der Rigaer Str. 34, Liebigstr. 14 und mindestens fünf weitere Wohnungen und eine Druckerei in Kreuzberg und Neukölln durchsuchen. Die Durchsuchungsbefehle, die teilweise über einen Monat alt waren, lauteten auf „Belohnung und Billigung von Straftaten".

Mit den Durchsuchungsbeschlüssen wird 12 Personen vorgeworfen, an der redaktionellen Arbeit, der Herstellung und am Vertrieb der Zeitschrift „Interim" beteiligt gewesen zu sein. Acht der Beschuldigten wurden von der Polizei angetroffen. Sie wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt, vernommen und am späten Nachmittag wieder freigelassen.

Ein weiterer Durchsuchungsbeschluß betrifft zwei Personen, denen vorgeworfen wird, ein Plakat mit der Überschrift „Der General putzt fürs Kapital", auf dem Innensenator Jörg Schönbohm als „Mr. Propper" bezeichnet wird, plakatiert zu haben. Da das Plakat kein V.i.S.d.P. hat, werden sie beschuldigt, es auch hergestellt zu haben. Ex-General Schönbohm hat mit den Durchsuchungen einmal mehr bewiesen, daß die MacherInnen des Plakates den Nagel auf den Kopf getroffen haben.

Bei allen Durchsuchungen rückte die Polizei mit einem völlig übertriebenen Aufgebot an. In der Reichenberger Str., der Rigaer Str. und der Liebigstr. verschafften sich Schönbohms Büttel mit Gewalt Zutritt zu den Häusern, ohne sich die Mühe zu machen, vorher zu klingeln. Im Hausprojekt Yorkstr. 59 wurden sämtliche Wohnräume aller 60 BewohnerInnen - entweder mit der beliebten Ausrede „Gefahr im Verzug" oder völlig ohne Begründung - durchsucht. Die BewohnerInnen erhielten teilweise keinen Zutritt zu ihren Zimmern. Eine Touristin aus Uruguay wurde in Gewahrsam genommen - sie könnte ja illegal sein. Auch in Räumen, für die es keinerlei Durchsuchungsbefehle gab, wurden willkürlich Zeitschriften, Hunderte von Disketten und Computer beschlagnahmt. Auch die Durchsuchung der Antirassistischen Initiative fand ohne richterlichen Beschluß statt. die Vermutung liegt nahe, daß mit der gesamten Durchsuchungsaktion Überblick und Einsichten in linke Wohnprojekte gewonnen werden sollten.

Die Behauptung von Polizei und Staatsanwaltschaft, die Redaktionsräume der „Interim" befänden sich in irgendeiner der durchsuchten Wohnungen oder Wohnprojekte, ist absurd. Die „Interim" ist eine Wochenzeitung, die - für alle ersichtlich - aus den Beiträgen besteht, die über eine öffentliche Postadresse zugeschickt werden. Sie ist Diskussionsforum für das gesamte Spektrum der radikalen, autonomen Linken. Sie wird von den Beiträgen ihrer LeserInnen getragen. Die kontinuierliche Kriminalisierung autonomer Politikformen richtet sich immer wieder auch gegen ihre Medien. Vor zwei Jahren durchsuchte die Bundesanwaltschaft bundesweit Wohnungen wegen der linksradikalen Zeitschrift „radikal" und verwandelte eine Zeitschrift kurzerhand in eine „terroristische Vereinigung". Auch die „Interim" wird seit ihrem Bestehen von Innensenatoren und „Staatsschützern" angegriffen. Pressefreiheit existiert eben nicht für alle.

Wir wehren uns dagegen, daß Teile der Berliner Medien - allen voran die SFB-Abendschau und die BZ - die Darstellungen der Staatsanwaltschaft als Wahrheit verkaufen und Beschuldigte mal eben als „RedakteurInnen" und Wohnprojekte als „Redaktionsräume" bezeichnen. Wir werden Gegendarstellungen verlangen.

Mit uns wird es keine „saubere Hauptstadt" geben. Wir lassen uns unsere Medien nicht kriminalisieren. Ein lebendiger Widerstand braucht Zeitungen ... Und die werden wir lesen, weitergeben und unterstützen!

Pressemitteilung einiger durchsuchter Projekte und Einzelpersonen

Prozeß wegen „radikal-demo" verlegt

Auch der zweite Anlauf geplatzt

Erst eine halbe Stunde vor Beginn des Prozesses gegen Claus und Gunnar wegen diverser Vorwürfe im Zusammenhang mit der Demo gegen die Razzien vom 13.6.1995 (siehe Angehörigen Info 195) sagte der Richter wegen einer angeblichen Erkrankung ab. Damit ist dieses mittlerweile zwei Jahre laufende Verfahren um einige Besonderheiten reicher, denn die plötzliche Erkrankung des Richters am 12.6. war nur ein Ereignis, das überraschte.

Am Vorabend des ersten Termins teilte der Richter einem Anwalt telefonisch mit, daß der Prozeß in den Staatsschutzsaal des Strafjustizgebäudes verlegt sei. Ihm seien VS-Erkenntnisse mitgeteilt worden, daß geplant werde, den Prozeß zu sprengen. Eine Verlegung in den Staatsschutzsaal hätte bedeutet, daß für die B. die Möglichkeit massiver Kontrollen und Personalienfeststellung bestanden hätte. Zum einen wurde deutlich, daß anscheinend nun neben B. und Staatsanwaltschaft auch das Gericht das Interesse an einer Eskalation hatte. Zum anderen sollte mit der Raumwahl der Öffentlichkeit die Gefährlichkeit und Bedeutung von Claus und Gunnar einerseits, der BesucherInnen andererseits verkauft werden.

Obendrein fand in Berlin zeitgleich die großangelegte Durchsuchungsaktion gegen die Interim statt, und natürlich hatte das Gericht kein Interesse an einer Thematisierung der neuen Repression gegen eine linke Zeitung während des Prozesses.

Aber nix ist aufgehoben, nur aufgeschoben.

Neue Termine: 21. August, 27. August, 28. August. Die Uhrzeiten geben wir noch bekannt.

Prozeßgruppe, 16.6.

Überlebende des Lübecker Brandanschlags

„Trotz dem Freispruch haben sie uns verurteilt!"

Safwan ist endlich freigesprochen worden. Der furchtbare Verdacht gegen ihn war zu keiner Zeit begründet. Der Prozeß hat gezeigt, daß sich dieser Verdacht nicht nur gegen ihn gerichtet hat: Gemeint waren wir alle. Von Anfang an waren die Ermittlungen gegen uns gerichtet - schon am Tag des Brandanschlags, als noch die jungen Deutschen als mögliche Täter verhört wurden. Die Ärzte haben unser Blut genommen, um uns auf ansteckende Krankheiten zu untersuchen - auf Hepatitis, auf Tuberkulose und auf Aids. In diesen Krankheiten wollten sie Hinweise für ein Motiv suchen: ein Motiv der Verzweiflung oder ein Motiv der Rache für die Infektion mit einer ansteckenden Krankheit. Die Ermittler wollten unser Leben aushorchen, um uns in die Nähe von Sucht, Unmoral und Kriminalität zu bringen. Polizei und Staatsanwaltschaft haben damit begonnen, dann haben die Medien diese Unterstellungen aufgenommen und weitere Lügen erfunden: Geschichten über Streit und Eifersucht, über Prostitution und Pornographie, über Autoschiebereien und schließlich den Handel mit Rauschgift. Nicht einmal unsere Toten lassen sie in Ruhe. Das Gericht hat spekuliert: „Bei Sylvio Ammoussou ist alles denkbar - vom Opfer bis zum Täter." Es ist so einfach, jetzt die Toten für den Brand verantwortlich zu machen: so brauchen sie unter den Deutschen nicht nach den Tätern suchen.

Als Zeuginnen und Zeugen sind wir gefragt worden, ob wir unsere Kinder „wie Sklaven halten". Noch einmal fragen wir zurück; wir fragen Euch Weiße - wie hält man einen Sklaven? Gerade die Mütter, die ihre Kinder in der Hafenstraße allein erzogen haben, sind gefragt worden, warum unsere Kinder verschiedene Namen tragen, ob sie verschiedene Väter haben, wie häufig wir Besuch von Männern gehabt haben - wir fragen zurück: Warum nicht von Frauen? Die schlechten Phantasien sind in Euren Köpfen. In einem Verfahren wegen mehrfachen Mordes und Mordversuchs werden wir danach gefragt, ob wir das Sozialamt betrogen haben, ob wir unerlaubt die Stadt verlassen haben, ob wir uns von Safwans Freispruch ein Bleiberecht versprechen. All diese Fragen haben nichts mit der Aufklärung des rassistischen Brandanschlags zu tun. Sie wurden nur gestellt, um uns verdächtig zu machen und die wirklichen Täter zu schützen. Wir und sonst niemand sollen das Haus angesteckt haben. Nur uns soll eine so furchtbare Tat zuzutrauen sein. Trotz Freispruch haben sie uns verurteilt.

Was hier in diesem Land denkbar ist und täglich passiert, wollen sie uns in die Schuhe schieben. Keiner von uns ist dazu in der Lage, wegen einem Streit ein Haus anzustecken, in dem unsere Familien, unsere Freunde und Landsleute leben. Zu einem solchen Verbrechen sind wir nicht fähig. Nicht bei uns, sondern hier in Europa passieren so furchtbare Dinge ohne Grund: Menschen, die einen Fluß durchschwimmen, werden am Ufer ins Wasser zurückgestoßen. Boote werden von Kriegsschiffen gerammt, so daß Hunderte ertrinken. Auf offener Straße werden wir verprügelt oder niedergestochen. Auf fahrenden Bussen und Bahnen werden wir geworfen. Bei der Abschiebung auf dem Flughafen werden wir geknebelt, erstickt und zu Tode gespritzt. Und unsere Häuser werden niedergebrannt, weil wir keine weiße Haut haben wie Ihr. Viele schweigen zu diesen Verbrechen. Nur wenige helfen uns und klagen an. Das juristische Verfahren gegen Safwan und uns alle ist beendet. Aber für uns ist nichts beendet. Wir wollen, daß unsere Ehre und Würde wiederhergestellt werden. Und wir wollen die wirklichen Täter vor Gericht bringen.

Die Nazis haben freie Hand in dieser Stadt und diesem Land. Muß der Verlauf des Prozesses sie nicht ermutigen weiterzumorden? Ihr faschistisches Umfeld in dieser Stadt und ihrer Umgebung wird nicht erforscht. In der Nacht vor unserer Demonstration der Trauer und Wut dürfen sie unerkannt Hakenkreuze an das verbrannte Haus und auf jüdische Grabsteine sprühen. Sie dürfen noch mehr Häuser von MigrantInnen niederbrennen. Sie dürfen mit einem Graffiti am 2. August den Anschlag auf unser Leben als „Denkmal für Hitler" feiern. Sie dürfen am Jahrestag des Gedenkens an unsere Toten Hakenkreuze an die Kapelle schmieren, in der wir uns zum Gebet versammeln wollen. Sie dürfen sich rühmen, „beim Lübecker Brand vom 18. Januar dabei gewesen zu sein", und sie können sicher sein, daß „die Polizei (ihnen) nichts tut". Schließlich dürfen sie ungestraft eine Kriegsflagge der Nazis entrollen, noch bevor die brennende Kirche St. Vicelin gelöscht ist. Damit unterstreichen sie ihre Drohung gegen die algerischen Flüchtlinge und uns alle: „Wir brennen euch die Kirchen nieder, wenn ihr Flüchtlingen Asyl gewährt." Hat der Bürgermeister dieser Stadt nicht recht, wenn er sagt: „Man weiß, wo das rechte Umfeld ist, man kennt die geistigen Urheber - dann faßt sie doch! Wir wissen, wo sie sind, jeder weiß es. Man muß nur handeln."

Wir klagen die Männer an, gegen die der schwere Verdacht des Mordes begründet ist. Sie sagen selbst, sie haben Frau Joao-Bunga mit ihrer Tochter Susanna springen sehen, als sie die Panik aus dem Fenster trieb. Nur sie, und niemand anders. haben Sylvio Ammoussou gesehen, wie er sich brennend auf dem Boden gewälzt hat, um die Flammen zu ersticken. Sie müssen vor der Polizei am Tatort gewesen sein - und nicht an der Tankstelle, wie die Polizei alle glauben lassen will. Sie - und niemand von uns - haben Verbrennungen, die von der Gerichtsmedizin als typische Verletzungen von Brandstiftern erkannt worden sind. Wer von uns würde mit diesen Beweisen nicht lange verurteilt worden sein? Die Ermittlungen sollen wieder gegen sie aufgenommen werden. Sie sollen festgenommen werden, bevor sie alle abgetaucht sind. Wir wollen, daß sie vor Gericht gestellt werden. Vieles spricht dafür, daß sie die Täter sind, auch wenn Deutschland davon nichts wissen will. Wir wollen mit dieser gemeinsamen Erklärung die öffentliche Anklage gegen sie politisch erzwingen.

Viele Fragen sind offen, die in einer Hauptverhandlung gegen sie geklärt werden müssen:

Warum ist ihr Fahrzeug aus Grevesmühlen nicht am Tatort überprüft worden?

Warum sind sie nicht sofort körperlich auf Benzin- und Brandspuren untersucht worden?

Warum sind nicht einmal die Personalien dieser verdächtigen Personen vor Ort überprüft worden?

Warum ist die angebliche Bekleidung dieser Nacht nur bei einem Verdächtigen gesichert worden?

Warum ist am 18. Januar nur ein Verdächtiger nach dem Grund seiner Sengspuren gefragt worden?

Warum sind die Haarproben von drei Verdächtigen nicht im Labor des LKA untersucht worden?

Warum hat der Generalstaatsanwalt die Ermittlungen noch am 19. Januar '96 einstellen lassen?

Warum ist das angebliche Alibi von 3 Verdächtigen nicht durch Gegenüberstellung überprüft worden?

Warum ist auch gegen den 4. Verdächtigen - ohne Alibi - bis heute kein Haftbefehl erlassen worden?

Warum glaubt die Staatsanwaltschaft nicht den 3 Berichten von Geständnissen gegenüber anderen?

Und viele Fragen mehr, die unsere AnwältInnen zusammenstellen werden. Wir haben sie beauftragt, für uns Widerspruch gegen die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Richtung Grevesmühlen einzulegen. Wir haben sie beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die öffentliche Anklage gegen die 4 jungen Männer René B./Heiko P./Dirk T./Maik W. und mögliche Mittäter und die politisch Verantwortlichen zu erheben.

Wir fordern, daß die Ermittlungen gegen die Tatverdächtigen sofort wieder aufgenommen und sie unverzüglich vor Gericht gestellt werden.

Wir fordern für uns, daß jeder Verdacht gegen uns, jede Unterstützung, jede öffentliche Verleumdung und Verurteilung zurückgenommen werden.

Wir fordern noch einmal einen unbefristeten und gesicherten Aufenthalt für alle Überlebenden des furchtbaren rassistischen Brandanschlags.

Die Politiker und Behörden dürfen nicht vollstrecken, was die Nazis nicht zu Ende gebracht haben: die Vernichtung und Vertreibung von uns allen.

Lübeck, den 30. Juni 1997

Überlebende des Brandanschlags vom 18. Januar 1996

„Wir fürchten um ihr Leben"

Norma Velázco und Felicitas Cartolini als Vertreterinnen von Angehörigen der „Revolutionären Bewegung Tupac Amaru" (MRTA) sowie Hebe Bonafini, Sprecherin der argentinischen „Mütter von der Plaza de Mayo", machten jüngst in Berlin auf eine akute Gefahr für gefangene MRTA-Mitglieder in Peru aufmerksam.

? Die Besetzer der Botschafterresidenz in Lima hatten vor allem die Freilassung der über 400 gefangenen MRTA-Mitglieder gefordert. Wie hat sich deren Situation nach der Stürmung der Residenz am 22. April verändert?
Felicitas Cartolini: Seit die Residenz des japanischen Botschafters in Lima im Dezember von einem MRTA-Kommando besetzt worden war, verweigerte die Regierung jeglichen Kontakt mit gefangenen MRTA-Mitgliedern. Auch nach der gewaltsamen Räumung der Residenz wurden weder Ärzte noch Vertreter des Roten Kreuzes, Repräsentanten der Kirche oder Familienangehörige zu ihnen gelassen. Dabei bedürfen einige dringend medizinischer Hilfe. Wir wissen, daß die Gefangenen jetzt in ein Hochsicherheitsgefängnis nach Challapalca - 5120 Meter über dem Meeresspiegel - verlegt werden sollen. Die Haftbedingungen dort sind so grausam, daß wir den Tod unserer Angehörigen befürchten müssen.

? Können Sie bestätigen, daß Mitglieder des MRTA-Kommandos nach der Stürmung der Residenz regelrecht exekutiert wurden?
Felicitas Cartolini: Einige Geiseln haben ausgesagt, daß zwei oder drei Besetzer von Elitesoldaten hingerichtet wurden. In Peru nimmt die Armee keine Guerilleros gefangen, sondern exekutiert sie. So war es schon 1989 in Molinos, als 53 Guerilleros und 20 Campesinos hingerichtet wurden. Wir fordern von den Kirchen und der UNO, daß sie sich für die Aufklärung der Umstände des Massakers einsetzen. Es muß bekannt werden, wie der Befehl von Präsident Fujimori wirklich lautete. Die MRTA hat das Leben der Geiseln während der Besetzung respektiert und sich an die Genfer Konventionen gehalten. Das demonstriert den moralischen Unterschied zwischen der mörderischen Diktatur Fujimoris und der MRTA als Befreiungsbewegung.

? Haben die „Mütter von der Plaza de Mayo" versucht, das Blutbad in Peru zu verhindern?
Hebe de Bonafini: Während der Besetzung haben wir uns zwölf Tage lang in Lima aufgehalten. Zweimal täglich haben wir uns bei Präsident Fujimori als Vermittlerinnen angeboten. Wir stießen allerdings nur auf kaltes Schweigen. Während der ganzen Zeit fühlten wir uns durch peruanische Polizeikräfte bedroht und verfolgt. Jetzt wollen wir eine Million Unterschriften gegen die Verlegung der Gefangenen nach Challapalca sammeln. Unsere Solidarität als Mütter der Verschwundenen in Argentinien, die wir seit 20 Jahren gegen staatlichen Terrorismus kämpfen, gilt den peruanischen Müttern, die sich dem Fujimori-Regime widersetzen. Niemand kann uns verbieten, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren.

? Genau das versuchte aber die deutsche Bundesregierung, indem sie María Fernández Rojas, Mutter eines ermordeten MRTA-Mitglieds, die Einreise verweigerte. Welche Erfahrungen haben Sie mit deutschen Behörden gemacht?
Norma Velázco: Das Auswärtige Amt verweigerte María Fernández Rojas die Einreise mit der Begründung, ihr Besuch belaste die deutsch-peruanischen Beziehungen. Daraufhin sagte auch der Unterausschuß für Menschenrechte des Bundestages einen vereinbarten Termin ab. Als wir in Bonn demonstrierten, wurden wir von Sicherheitskräften mehrfach körperlich bedroht und abgewiesen.



Norma Velázco, hier bei einer Kundgebung inHamburg. Bild: FotoArchiv Kollektiv

? Welche Hintergründe hat das demonstrative Desinteresse der Bundesregierung an den Menschenrechten in Peru?
Hebe de Bonafini: Wir haben uns bereits mehrfach in der Bundesrepublik aufgehalten, aber die Bundesregierung hat sich einem Gespräch stets verweigert. Sie spricht viel von Frieden, liefert aber permanent Waffen an Regierungen, die damit die Völker unterdrücken. Es ist überdeutlich, wo die Prioritäten der Bundesregierung liegen: bei den wirtschaftlichen Interessen, nicht bei den Menschenrechten.

? Welche Aktionen planen Sie, um die Rechte der MRTA-Gefangenen in Peru zu wahren?
Felicitas Cartolini: Wir werden bei den Vereinten Nationen in Genf ein Dokument einreichen, das die Situation in Peru dokumentiert und zum Handeln auffordert. Auch in Peru existieren bereits Menschenrechtsgruppen, die vielfältige Aktivitäten unternehmen. Der nächste Schritt soll sein, eine Organisation nach dem Vorbild der argentinischen „Mütter von der Plaza de Mayo" zu gründen.

Quelle: Neues Deutschland, 18.6.97

Komitee der Familienangehörigen der politischen Gefangenen in Peru

An die nationale und internationale Öffentlichkeit
An die Nicht-Regierungsorganisationen
An die internationale Presse
An die Regierungen
An die Völker der Welt

Die Familienangehörigen der politischen Gefangenen in Peru klagen die grausame, entwürdigende und unmenschliche Behandlung der Gefangenen durch die Regierung Fujimoris an.

Nach der totalen Inkommunikation mit den Gefangenen innerhalb der letzten 6 Monate steht nun eine Verlegung in das Hochsicherheitsgefängnis Challapalcaan, was die Grausamkeit noch unterstreicht. Das Gefängnis liegt 5120 Meter über dem Meeresspiegel.

In diesem Breitengrad und der Höhe ist ein Überleben menschlicher Wesen praktisch unmöglich, was einem Todesurteil gleichkommt und einem Mord an unseren Familienangehörigen bedeutet.

Wir als Mütter, Schwestern und Familienangehörige fordern die Solidarität von Männern und Frauen, die die Menschenrechte verteidigen, um gemeinsam zu verhindern, daß diese Verlegung durchgeführt wird, die die Auslöschung der politischen Gefangenen bedeutet.

Keiner Mutter und keinem Familienangehörigen sollte es je verwehrt sein, die Verbrechen an seinen Kindern anzuklagen.

Felicitas Cartolini, verwitwete Cerpa, Vertreterin des Komitees der Familienangehörigen

Unklar ist, ob alle Angehörigen monatlich die Gefangenen für eine halbe Stunde besuchen können.

Von der MRTA gibt es Stickers mit dem MRTA-Emblem (à 1,50 DM) und Poster „215 Jahre antikolonialistischer Kampf" (à 10 DM), zu beziehen über: Vox rebelde, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

PDS-MdBs protestieren

Angehörige abgedrängt

An Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth,

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

soeben erfuhren wir anläßlich eines Besuches peruanischer und argentinischer Frauen von der unwürdigen Behandlung, die diesen heute (11.6.) vor dem Presseclub und vor dem Bundestag zuteil wurde. Diese Frauen - eine Delegation der „Madres de Plaza de Mayo" und zwei im Exil lebende peruanische Frauen, Angehörige von politischen Gefangenen Perus - weilten hier auf Einladung mehrerer Bundestagsfraktionen. Ursprünglich waren sie auch vom Unterausschuß für Menschenrechte eingeladen. Diese Einladung wurde allerdings kurzfristig wieder zurückgezogen, nachdem zuvor das Bundesaußenministerium den peruanischen Frauen aus Peru die Visa verweigert hatte.

Die Frauen berichteten, sie hätten ihre Anliegen - Proteste gegen die Verletzung Menschenrechten in Argentinien und in Peru - an den genannten Örtlichkeiten friedlich vorgetragen. Sie seien darauf mehrmals von Polizei und/oder anderen Sicherheitskräften angerempelt und weggedrängt worden. „Das war keine Gastfreundschaft. Das war unhöflich und verletzend." So Hebe de Bonafini, die Präsidentin der argentinischen „Madres de Plaza de Mayo".

Wir protestieren gegen diese Behandlung und bitten Sie, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß Gäste des Bundestags bzw. von Bundestagsfraktionen auch wie Gäste behandelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ulla Jelpke, Winfried Wolf (beide PDS-MdB)



Diese beiden Frauen, Maria Fernandez Rojas und Adilia Rojas, Mutter und Schwester von Rolly Rojas, getöteter Angehöriger des MRTA-Kommandos in der japanischen Botschaft, (hier bei der Beerdigung ihres Sohnes), erhielten kein Einreisevisum.

Fortsetzung des Interviews mit Hebe de Bonafini (s. Info 195)

Wer wird für diese Verbrechen bezahlen?

Vor kurzem hat mir jemand von dem Stadtviertel der Tobas-Indios in Rosario erzählt. Sie sind dort zusammengepfercht. Ein Genosse hat mit ihnen gesprochen und sie gefragt: „Warum akzeptiert ihr es, hier so zu leben?" Und der Mann, ein Toba mittleren Alters, antwortete ihm: „Weil es hier Müll gibt."

So ist es. Sie essen den Müll. Das Thema ist tragisch, aber: Wie viele bringen sie um? Und wer wird für diese Verbrechen bezahlen? Wer wird für die Typen bezahlen, die sich umbringen, indem sie sich eine Kugel durch den Kopf jagen oder indem sie sich den ganzen Tag betrinken, weil sie keine Arbeit haben und keinen Ausweg wissen? Wer wird für die Menschen bezahlen, die ohne jegliche Hoffnung sterben gelassen werden? Wer wird für diese Sorge bezahlen, die es bedeutet, die gesamten Industriegürtel in Ruinen zu sehen? Neulich war ich vor einer Ölfrüchte-Fabrik, einer riesigen, zwei oder drei Straßenviertel groß, und ich sagte, klar, die können sie aufgeben, weil sie mit dem Blut der Arbeiter entstanden ist, weil sie diese Typen (die Unternehmer) nichts gekostet hat. Sie hat ihnen nicht in den Kram gepaßt, und sie haben sie einfach aufgegeben. Wer spricht von all diesen Dingen? Man muß die Leute verstehen machen, daß man nicht arm ist, weil es das Schicksal so wollte, sondern weil sie uns arm machen. Während der Diktatur sind 30.000 ermordet worden, eine Million ins Exil gegangen, es gab sehr viele politische Gefangene, die Menschen, die auf der Straße ermordet wurden und die niemand gezählt hat, und wir werden all das nicht verzeihen. Aber jetzt, in diesen Jahren der Regierung, die sich „verfassungsmäßig" nennt (denn demokratisch ist sie keine Spur) - können wir die Menschen nicht zählen, die wegen wirtschaftlichen und sozialen Gründen sterben. Und wer sind die Verantwortlichen? Menem, Cavallo, der IWF und alle Abgeordneten und Senatoren, die Hurensöhne, die für die Gesetze stimmen. Alle sind verantwortlich. Und die Gemeinderäte? Wenn doch ein Gemeinderat so viel verdient wie der Schah von Persien! Und wozu sind sie da, wenn sie nichts tun? Und alle streiten sich um diese „Silberkönigin", das Bürgermeisteramt von Buenos Aires.

Dies werde ich also nach dem 24. März mit einer Art Erklärung vorschlagen. Ich will vorschlagen, daß wir Alarmstufe rot ausrufen, um jeden Verantwortlichen mit Namen und Nachnamen und mit Foto öffentlich zu machen, wo dieser Typ war, für welches Gesetz er gestimmt hat, was er getan hat, denn wir können nicht länger im Kopf haben, daß sie die Lösung sind. Sie sind für uns nicht die Lösung. Und wir müssen den Leuten zeigen, warum sie nicht die Lösung sind. Ihnen sagen: damit es diese ganzen Armen in all diesen Armenvierteln gibt, dazu gibt es all diese Reichen, all diese Unternehmen, und diese Unternehmen finanzieren die politischen Kampagnen dieser und dieser Partei, von diesem und diesem politischen Leiter ... Wir müssen all das ans Licht bringen! Ich werde mein Leben, alles daransetzen, weil man es tun muß. Wir sind lange genug still gewesen

und haben gesagt: „Nein, diesen oder jenen darf man nicht prügeln ...“ Mir ist es ganz egal, wer es ist, aber wenn wir ihn zum Teufel jagen müssen, dann muß man das auch tun, denn noch schlimmer ist es, wenn sie uns umbringen, das Volk. Es ist noch nicht mal für uns Madres, noch für Gabriel - aber für dein Baby! Für die ganz Jungen! Ich will nichts für mich, noch nicht mal für meine Tochter, die 30 ist, aber man muß sich fragen, was wir eigentlich für ein Land schaffen, für die, die noch kommen. Können wir etwas erreichen, indem wir schweigen? Wenn wir sagen: nein, diesen Typen werde ich nicht anklagen, weil er diesem oder jenem einen Vorteil verschafft? Es reicht! Diese Dinge zudecken, muß aufhören! Wenn sie mir einen Prozeß machen wollen, sollen sie ihn mir machen, und wenn sie mir beweisen, daß ich lüge, werde ich ins Gefängnis gehen. Und wenn ich die Wahrheit sage, werden die Leute sagen: „Siehst du, was die Madres gesagt haben? Sie haben Recht.“

Was sind die Prinzipien der Madres? Wenn du sie aufzählen solltest, welche würdest du erwähnen?

Schau, das erste ist: nach dem zu leben, was man sagt. Sich keinerlei Privilegien herausnehmen. Es gibt viele Arten von Privilegien. Du weißt, wenn man diese Arbeit macht und wenn du dir erst mal einen Platz erobert hast, dann kennen dich die Leute und wollen, daß du ein Auto hast, daß du gut reist. Ich will nichts davon. Natürlich, wenn du auf Reisen bist und dir ein Genosse ein Hotelzimmer mietet, dann gehst du dorthin, aber wenn du bei irgendwem zu Hause oder sonstwo wohnen mußt, machst du das auch. Keinerlei Privilegien.

Eine andere Sache ist, nichts zu versprechen, was wir nicht einhalten können. Sich nicht zu gigantomanischen Sachen verpflichten. Wir sind, was wir sind, und mehr als das, was wir tun, können wir auch nicht tun. Das ist ein sehr wichtiges und ernsthaftes Prinzip, weil viele zuviel versprechen und zu wenig tun. Man muß das versprechen, was man auch tun wird, und den Kampf des anderen als eigenen Kampf ansehen. Ihn nicht begleiten, um ihm ein Stück Papier zu übergeben und ihm zu sagen: „Wir sind mit dir.“ Man muß mit ihm im Kampf sein, ganz im Ernst. „Im Ernst“ bedeutet, dazubleiben, den Kampf zu teilen, den Schmerz zu teilen, die Niederlage, die Freuden, alles zu teilen. Das ist die Solidarität, die ganze Dimension der Solidarität. Und das andere Prinzip ist, im wesentlichen, der Kampf für das Leben, gegen jeden Tod. Gegen jede Verfolgung und Rassismus zu sein. Wenn man von dem anderen als Bruder, als jemandem, mit dem man solidarisch ist, spricht, muß es auch wirklich so sein. Das Beste geben, was man hat, das Leben für die Sache geben. Ich kann nicht sagen, daß alle Madres bereit sind, ihr Leben für die Sache zu geben, aber ich kann das von mir sagen. Mir ist es egal, was mir passieren kann wegen dem, was ich zu sagen habe, ich werde weiterhin aufs Ganze gehen. Auch wenn es hart ist, was ich zu sagen habe, werde ich die Leute nicht anlügen. Manchmal ist es sehr hart, was ich zu sagen habe, manchen Leuten paßt das nicht, es trifft sie sehr, aber so bin ich.

Gelegentlich bist du wegen solcher Äußerungen als Sektiererin bezeichnet worden. Was antwortest du darauf?

Gut, ich weiß, daß ich als Sektiererin, als Diktatorin angeschuldigt wurde. Was ich dazu sage, ist, daß die Leute zum Haus der Madres kommen sollen, uns kennenlernen, sehen, wie wir arbeiten, was wir tun. Wir werden unsere Zeit nicht damit vergeuden, unnütze Pfeile abzuschießen, wir werden unsere Zeit dazu nutzen rauszufinden, wer jeder ist, weil, wenn ich nicht will, daß ein Kind Müll ißt, dann muß ich sagen, wer die Voraussetzungen schafft, daß dieses Kind vom Müll ißt. Aber nicht, weil ich irgendeinen Posten für mich erreichen will, ich will nicht in der Gemeindeverwaltung sein oder Abgeordnete oder Senatorin. Ich will nichts anderes sein als die, die ich bin, nämlich eine Madre. Das muß den Leuten klar sein. Wenn die Leute, die um uns herum sind, die uns begleitet haben und uns begleiten, etwas aufbauen - phantastisch! Dort werden wir dann sein, und unsere ganze Energie dort reingeben, aber es muß etwas sein, an das wir glauben können, solange wir nicht an etwas glauben, werden wir auch niemanden unterstützen. Wir werden weiter Druck machen, arbeiten, hartnäckig sein. Wenn dabei was rauskommt, hoffentlich, dann werden wir unsere ganze Kraft dafür einsetzen. Es ist egal, wie viele Jahre dabei vergehen, vielleicht müssen noch mal 18 Jahre vergehen, ich weiß es nicht.

Bei der letzten Demonstration (Marcha de la Resistencia) hast du ein Konzept ratifiziert, das du schon vor Jahren erwähnt hattest, und das hat viel Beachtung gefunden. Es ist das Konzept des „Festes“, du hast vom „Fest des Widerstandes“ gesprochen. Reden wir ein bißchen darüber, was der Schmerz und die Freude für die Madres bedeuten, denn der Angehörige von einem „Verschwundenen“ wird in der Gesellschaft als jemand angesehen, der nur Trauer und Schmerz hat, und die Madres haben immer wieder gesagt, daß sie auch die Freude zu spüren wissen.

Klar, denn weißt du, es ist dasselbe, ob du zu Hause bleibst und vor dem Foto eines Kindes weinst, oder auf dem Friedhof, oder ob du auf die Straße gehst und dort für das kämpfst, für das dieses Kind gekämpft hat. Dann spürst du die Freude des Kampfes, das Fest, das es bedeutet, die Plaza mit Menschen zu füllen und zu spüren, daß sie dort sind, daß es die Verschwundenen sind, die die Sache vorantreiben. Und um so mehr jetzt, wo die Kinder unserer Kinder da sind.

Anfangs habe ich das nicht richtig verstanden, aber die Male, wo ich mich mit Raúl getroffen habe, haben wir uns in einer Konditorei in Buenos Aires getroffen. Mir ging es sehr schlecht, weil ich nichts von Jorge wußte (erst wurde Jorge entführt, später Raúl), und ich hatte eine Menge Dinge auf die Zettelchen geschrieben, die in der Konditorei aushingen, ich sprach mit meinem verschwundenen Sohn und sagte ihm: „Ich warte auf dich, ich höre dich, und ich kann dich nicht lächeln sehen, ich höre nur Schreie und weiß nicht, wie es dir geht.“ Ich war sehr traurig. Als Raúl kam, sagte er: „Wie geht's, Mami?“ „Mir geht es sehr schlecht, ich kann nicht positiv an Jorge denken, ich stelle mir immer vor, wie er schreit, ich kann mir noch nicht einmal seinen Körper vorstellen, ich spüre seine Schreie.“ „Aber Mami, nein. Du darfst nicht so sein, du mußt nach draußen gehen, ihr müßt ins Kino gehen, Musik hören, denn du weißt, daß wir uns mit Freude für diesen Weg entschieden haben, von dem, was wir taten, überzeugt, und obwohl wir wußten, daß uns etwas zustoßen konnte, waren wir glücklich.“ Und es ist wahr, sie sangen immer, waren immer fröhlich. Und er fügte hinzu: „Jorge würde sehr traurig sein, und ich auch, wenn mir auch etwas passiert, weil ich weiß, daß du das tun kannst, was du jetzt tust, aber auch genießen kannst. Wenn nicht, wirst du nicht weitermachen können. Wenn du dich im Schmerz vergräbst und an nichts anderes denkst, wirst du nicht weitermachen können. Und du ... willst du weitermachen, Alte?“ Und ich sagte ihm: „Klar will ich weitermachen.“ Ich habe all das noch im Kopf,



Comandante Nestor Cerpa Carolini, 1953-1997

Mein Grab werden sie nicht suchen
weil sie es nicht finden werden
Meine Hände sind die, die als andere
Hände weiterkämpfen, schießen
Und sie wissen, daß ich nur sterbe,
wenn Ihr erschlafft
weil der, der kämpfend starb
in anderen Genossen weiterlebt.
Aus Freude
gingen wir in den Kampf
Für diese Liebe zum Leben
starben wir.
Daß die Trauer niemals
eng mit unserem Namen
verbunden sei.

Der Text basiert auf einem Lied aus Nicaragua und einem Gedicht von Javier Heraud, einem revolutionären peruanischen Dichter. (Red.)

es hat sich mir eingegraben, und ich fing an zu spüren, daß ich die Dinge, die ich tat, genießen konnte, trotz allem, was passiert ist, ich spüre, daß es Luft zum Atmen gibt, daß es kleine Lichter gibt, die wir bei den Leuten nach und nach anzünden können, die ihnen Mut geben. Manchmal kommt ein Jugendlicher, umarmt mich und weint, und ich sage ihm: „Wein nicht, so sind die Dinge."

Und jetzt werden wir z.B. ein Rocktreffen organisieren, um 23 Uhr nachts, von 21-24 Uhr. Es wird „Rocktreffen, um zu erzählen" heißen, und um 0 Uhr am 24. Werde ich auf die Bühne gehen und den Jugendlichen erzählen, was der 24. März war, wie viele Leute es gibt, die heute immer noch kämpfen, selbst wenn sie sie nicht sehen, daß nicht alles verloren ist, daß nicht alles schwarz ist. Weil für mich ein Tag mit so viel Schmerzen auch die Musik enthalten muß und die Jungen mit ihrer Musik.

In den letzten Jahren gab es eine starke Beteiligung der Jugend bei den Veranstaltungen der Madres. Zwar waren die Kinder immer bei den Madres, aber es scheint sich hier um eine wichtige Welle zu handeln. Und wir sehen die Jugendlichen, die genauso alt sind wie die Organisation selbst und wohl die „Kinder" sind. Was denkst du darüber?

Ich glaube, daß die Jugendlichen auf die Plaza und zu den Madres kommen, weil sie dort einen Referenzpunkt finden. Leute, die sie nicht belügen werden, sie nicht betrügen werden, die ihnen einen Platz geben, die ihnen zeigen, daß die Plaza und die Straßen uns gehören, daß wir sie bewohnen können, um diese Dinge zu tun ... Das Fest des Widerstandes, das Treffen, um zu erzählen, die offenen Radiokanäle, wo wir Listen von Journalisten verlesen, die Komplizen der Diktatur waren, von Journalisten, die verschwunden sind, weil sie gegen die Diktatur kämpften, und von Journalisten, die alles aufs Spiel gesetzt haben, aber trotz allem noch da sind. Wir erzählen ihnen die Geschichte, und nicht von der Seite des Terrors aus, von den Leichen, der Folter, sondern wir erzählen sie vom Leben aus, das unsere Kinder gegeben haben, das sie gewesen sind, vom Leben, das sie sind, und vom Leben, das wir uns wünschen, daß sie es sein werden. Da unsere Kinder nicht eine bessere Welt genießen konnten, wollen wir, daß sie das tun. So wird der Kampf ausgefochten, mit dem Guten, mit dem Schönen. Du könntest nicht dein Baby genießen, wenn du die ganze Zeit an das denken würdest, was während der Diktatur passiert ist. Aber manchmal kannst du Hoffnungen haben, daß du etwas verändern kannst, weil du ein Kind hast, und ein Kind in einem Land wie diesem zu haben, heißt, Hoffnungen zu haben, Hoffnungen auf Veränderung, von Verbesserung, weil, wenn du die nicht hättest, würdest du sagen, nein, ich schließe mich ein. Aber trotzdem haben wir alle große Hoffnungen, es schaffen zu können, weil wir dabei sind, es zu tun, wir setzen alles ein, damit sich die Dinge verändern. Da geht die Sache lang, über die Hoffnung, die man hat und die man jemand anders weitergeben kann.

Wie sieht die Gesellschaft aus, die die Madres sich vorstellen?

Die Gesellschaft, die ich mir vorstelle, ist eine Gesellschaft, in der wir teilen können. Eine Gesellschaft, in der alle Jungen - ich bezeichne alle bis mindestens 50 als jung - debattieren, lesen, diskutieren und an der schrittchenweisen Veränderung mitarbeiten. Daß der, der an der Macht ist, nicht bewaffnet ist. Wo die Arbeiter den Platz haben, der ihnen gebührt, weil sie diejenigen sind, die Dinge wissen, die arbeiten, die alles geben, damit das Land vorankommt, daß sie an allen Orten sind, die notwendig sind, im Kongreß - oder was immer dann wir machen, ich weiß nicht, ob es ein Kongreß sein wird. Eine Gesellschaft, in der, wenn es wenig gibt, alle nur wenig haben, obwohl ich nicht glaube, daß das in einem so reichen Land wie diesem passieren wird. Daß die Erde produktiv ist, daß es nicht Kilometer um Kilometer unproduktives Land gibt. Daß die Gesellschaft den Boden besitzt und daß der Boden Produkte gibt. Ich stelle mir ein Land vor, in dem es keine Zeitschrift „Caras" (Gesichter) gibt und auch nicht die Männer und Frauen, die in dieser Zeitschrift auftauchen. Ich möchte mir ein Land vorstellen, in dem Neustadt, Grondona, Mirtha Legrand, Susana Giménez, Cacho Fontana und eine Menge anderer, die ich vergessen habe, keinen Platz im Fernsehen haben. Ich möchte ein Land, wo es keine Speisesäle für Arme geben muß, ich möchte ein Land, in dem es keine Kinder, die auf der Straße leben, gibt und auch keine Heime für Straßenkinder und auch nichts von all dem, was um sie herum jetzt getan wird. Ich möchte ein Land, in dem wir in den Kindergärten den Kindern nicht sagen müssen, daß ihre Mutter ihren Namen auf ihr Heft, ihren Stift schreiben muß, daß wir ein für alle Mal allen zeigen, daß es eine kleine Tasche gibt, wo jeder etwas herausholen kann, das allen gehört, und es, bevor er nach Hause geht, wieder dorthin zurücklegt, so daß dieser Individualismus nicht Fuß fassen kann, daß jede Sache nur ihm allein gehört. Ich möchte ein Land, in dem die Drogenmärkte keinen Platz haben und auch nicht die, die Drogen verkaufen. Ich möchte ein Land ohne Cóppola, ohne die Starallüren von Maradona, mich schmerzt die Traurigkeit von Maradona heute. Ich möchte ein Land, wo ich mich an den See Nahuel Huapí setzen kann, ohne daß jemand sagt: „Dies ist ein Privatclub, sie können nicht hierher", wo ich mich an das Ufer des Paraná setzen kann, ohne daß jemand sagt: „Hier können Sie nicht sein, weil es dem Unternehmen gehört."

Es ist eine Idealvorstellung, aber ich glaube, daß es nicht unmöglich ist. Alle diese Länder sind möglich, wenn die Millionen, die wie wir nicht einverstanden sind mit dem, was uns passiert, an dem Ort, wo wir sind, anfangen, dafür zu arbeiten, sie aufzubauen.

Das Interview führte Gabriel Fernandez, 1996

Presseerklärung des Vrankrijk

Demonstration verhaftet

In der letzten Nacht am 15. Juni um 21.30 Uhr wurde eine komplette Demonstration von etwa 300 Leuten verhaftet (insgesamt waren 600 Menschen in Haft - Red.), kurz nachdem sie das Vrankrijk* verlassen hatten. Die Demonstration wurde durchgeführt, um Solidarität mit den am Samstag und Sonntag Verhafteten auszudrücken. Es gab absolut keinen Grund für diese Polizeiaktion; die Demonstration war friedlich und erst einige Meter vorangekommen. Die Massenverhaftungen können deshalb nicht mit „Straftaten" in Verbindung gebracht werden. Aus diesem Grund haben die Autoritäten den Artikel 140 benutzt, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Seit einigen Jahren wird dieses Gummigesetz benutzt, um grundsätzlich politische Opposition zu kriminalisieren.

Später in derselben Nacht ging die Polizei wieder gegen uns vor, ohne provoziert worden zu sein. Sie zwangen eine Menge Menschen, im Vrankrijk Zuflucht zu suchen. Einige Dutzend wurden später verhaftet. Darüber hinaus drohte die Polizei, das Café und das Haus zu durchsuchen und alle Anwesenden zu verhaften. Diese Polizeidrohung ist immer noch präsent. Dies war nicht die erste politisch motivierte Einschüchterung während des Eurogipfels. Vorher wurden mehrere Häuser und auch ein Buchladen im Nijmwegen im Osten der Niederlande von der Polizei heimgesucht. Sie drohten weitere Maßnahmen an, falls die dort lebenden oder arbeitenden Menschen Demonstranten während des Eurogipfels beherbergen würden.

Am Samstag, dem 14. Juni, wurde eine Gruppe ItalienerInnen ihres Rechtes zu demonstrieren beraubt. Sie wurden in ihrem Reisezug verhaftet, gefangengehalten und später des Landes verwiesen.

Wir sehen darin den folgenden politischen Hintergrund: Während des Europagipfels erhalten wir einen Vorgeschmack des Vereinten Europas, wie die EU-Führer es sich vorstellen. Grundsätzliche Opposition wird nicht toleriert werden, sondern durch ein Übermaß an repressiven Maßnahmen unterdrückt werden. Sie wollen die EU von oben nach unten durchsetzen. Zur gleichen Zeit versuchen sie, die Entwicklung einer internationalen Basisorganisation zu verhindern. Die oppositionelle Bewegung kämpft gegen die gegenwärtige Europastruktur, sie versucht, eine andere und gerechtere Zukunft zu schaffen. Die Herrschenden haben viel zu gewinnen, wenn sie die Solidarität innerhalb dieser Bewegung zerstören und wenn die Bevölkerung im Schlaf gehalten wird. Daran benutzen sie einen alten Trick: In den Medien wird das Bild von nihilistischen Chaoten gezeichnet. Eine künstliche Spaltung zwischen guten und bösen Demonstranten. Durch die dauernde Hervorhe-

bung von „Gewalt“ und „Ausschreitungen“ lenken sie die Aufmerksamkeit von den Hauptpunkten ab.

Um eins klar zustellen: Wir haben nicht die sogenannten Chaos-Tage organisiert oder etwas ähnliches. Wir übernehmen nur die Verantwortung für die Sachen, die wir selbst organisiert haben.* Aber wir weigern uns, uns von irgend etwas zu distanzieren oder uns von den Herrschenden vorschreiben zu lassen, welches „akzeptable Mittel des Protestes“ sind. Wir nehmen uns das Recht, unseren Protest so zu organisieren, wie wir das für nötig halten.

Wir werden nicht zum Schweigen gebracht werden. Wir werden fortfahren, unsere politische Überzeugung auszudrücken, und wir werden uns international mit denjenigen organisieren, die wir uns aussuchen. Wir werden fortfahren, für eine gerechtere Zukunft zu kämpfen!

Stopp die EU!
Für internationale Solidarität!
Freiheit für alle Gefangenen jetzt!

Dieses ist die gemeinsame Erklärung der BewohnerInnen des Vrankrijk und der BetreiberInnen des Cafés im Vrankrijk

(*) Vrankrijk ist ein linksradikales Projekt in der Amsterdamer Innenstadt. Es existiert seit 15 Jahren. Es gibt ein Café, wo es politische Informationsveranstaltungen, Benefiz-Konzerte und kulturelle Aktivitäten gibt. Außerdem leben in dem Haus etwa 20 Menschen. Die Café-Gruppe arbeitet hiervon unabhängig. Aber wir sind vereint in unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen das gegenwärtige System in Europa und in unserem Kampf gegen das Europa der Banken und Multis. Während des Eurogipfels war Vrankrijk ein Infostützpunkt, Versammlungsort und Erste-Hilfe-Station. Diese Funktionen wurden ausgeführt in Absprache mit anderen Gruppen der unterschiedlichen Anti-Europa-Bewegung.

Zwei Deutsche werden angeblicher ETA-Unterstützung beschuldigt

Die „deutsche ETA-Connection“

Am 12.4.1997 ereignete sich in einer Wohnung in der spanischen Hauptstadt Madrid eine leichte Explosion. Kurz danach verließen laut Angaben anderer HausbewohnerInnern vier Personen die Wohnung. Bei der nachfolgenden Wohnungsdurchsuchung fand die Polizei nach eigenen Angaben Maschinengewehre, Raketenwerfer, Granaten, 80 kg Sprengstoff, Elektroanzünder, außerdem einige Perücken und Autokennzeichen sowie ein Archiv mit 400 Zeitungsausschnitten und Fotos von Richtern des Sondergerichts Audiencia Nacional, von Polizisten, Militärs, Journalisten und Angehörigen der spanischen Königsfamilie. Die spanische Polizei gab bekannt, daß in der Madrider Wohnung die Fingerabdrücke von drei BaskInnen, die seit 1994 untergetaucht seien und seit zwei Jahren dem ***Comando Madrid*** der baskischen Guerilla ETA angehören sollen, gefunden wurden. Auf dem Briefkasten und dem Klingelschild der Wohnung standen zwei deutsche Namen.

Die spanische Polizei teilte mit, daß ein Deutscher mit langem Vorstrafenregister die Wohnung unter falschem Namen gemietet habe. Bereits am Tag nach der Explosion reisten zwei Beamte des BKA nach Spanien. Nach drei Tagen wurden die Namen der beiden Deutschen veröffentlicht: Fritz Gary S. und Heike Renate Sch. aus Wiesbaden. Renate hatte den Mietvertrag für die Madrider Wohnung am 10.2.1997 unterzeichnet. (Diario Vasco, 14.4., Deia, 14.4.)

Am Dienstag, den 15.4., stellte sich Gary in Begleitung seines Anwalts beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Er verweigerte die Aussage und wurde, mit einer Fußfessel an einen Polizisten gekettet, in den Knast nach Frankfurt-Preungesheim gebracht. Gary war nicht, wie es die spanischen Behörden dargestellt hatten, mit Renate und zwei der gesuchten BaskInnen gemeinsam aus Madrid geflohen, sondern war die ganze Zeit über in Wiesbaden, wie Nachbarn und Arbeitgeber bezeugten. Von der Fahndung gegen ihn hatte er aus der taz erfahren. Bei der Durchsuchung in Garys Wiesbadener Wohnung wurden Disketten, Computer, persönliche Unterlagen und angeblich ein gefälschter deutscher Paß beschlagnahmt. (egin, 17.4., El Correo, 17.4.)

Billiger Politthriller

Die spanische Presse dazu las sich wie ein billiger Politthriller: Der spanische Innenminister lancierte, die beiden Deutschen würden „zur RAF gehören“ (egin, 15.4.) bzw. zu einer nicht näher bezeichneten „RAF-Splittergruppe“ (El Correo, 15.4.). Die Presse berief sich auf Aussagen des Verfassungsschutzes (VS). Ein Sprecher des VS habe gesagt, daß „es Beweise für die Existenz einer Gruppe von revolutionären deutschen Linken gibt, die sich in Frankreich aufhalten. Der Gruppe gehören zehn bis fünfzehn Personen an, möglicherweise befinden sich unter ihnen einige ehemalige RAF-Mitglieder“.

„Diese Gruppe“, der dann auch Gary und Renate angehören sollen, „könnte die ETA unterstützt haben“, so der VS weiter (egin, 15.4.). Das BKA steuerte die Information bei, daß sowohl Renate als auch Petra E., die zur Zeit in Paris in Untersuchungshaft sitzt, 1989 oder 1990 mit der ETA im Rahmen eines internationalen Treffens militanter Linker in Paris in Berührung gekommen seien. (Berliner Morgenpost, 12.5.) Die spanische Polizei will dazu noch wissen, daß zwischen 1987 und 1992 die drei ETA-Führer Txelis, Mikel Antza und Inaki de Renteria, die aktuell in Frankreich vor Gericht stehen, in Paris AusländerInnen rekrutierten. (Interviú, 3.5.)

Der Begriff von der „deutschen ETA-Connection“ füllte die Reportageseiten der spanischen und auch der deutschen Zeitungen: neben der RAF und der imaginären RAF-Splittergruppe wurden weitere Namen und Organisationen ins Spiel gebracht, darunter

Geronimo Pratt frei !



Der mittlerweile 49jährige Geronimo Pratt, der gegen eine Kaution in Höhe von 25.000 Dollar (rund 43.000 DM) freikam, wurde beim Verlassen der Haftanstalt von Freunden empfangen. Er rief zur Befreiung aller politischen Gefangenen auf. Pratt war 1972 aufgrund eines fingierten Mordvorwurfs ins Gefängnis geworfen worden.

auch das Berliner Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega: „Der Fall Benjamin Ramos Vega diente dazu, bereits existierende Kommunikationslinien zwischen ETA und deutschen Extremisten zu festigen." „Die Antiterrorpolizei betonte die Bedeutung von Benjamin Ramos Vega für die Herstellung der deutschen Connection." (El Correo, 15.4.)

„Benjamin Ramos Vega (...) löste in Deutschland eine Solidaritätshysterie aus." (El Mundo, 20.4.) Die Ehefrau von Benjamin Ramos Vega, Gabi K., „hatte Wohnungen für die Terroristen gemietet" (Berliner Morgenpost, 12.5.). Die Quelle der Hetze findet sich in der Berliner Zeitung vom 23. April: „Nach den Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gibt es Solidaritätskontakte zwischen der deutschen autonomen Scene und ETA. 1995 und 1996 versuchten linke Gruppen, die Auslieferung des in Berlin inhaftierten ETA-Mitglieds Benjamin Ramos Vega zu verhindern ..."[1]

„Sie tun es aus Liebe"

Besonders viel Dreck wird über Petra E. und Gabi K. ausgeschüttet. Petra E. war am 26.11.1996 in der Nähe von Bayonne in Südfrankreich zusammen mit ihrem baskischen Freund Juan, der beschuldigt wird, zur ETA-Führung zu gehören, und ihrem gemeinsamen Kind festgenommen worden. Schon damals behauptete der spanische Innenminister wider besseren Wissens, die Festgenommene sei Gabi K., die falsche Papiere auf den Namen Petra E. bei sich getragen habe.

Petra und Gabi müssen als Beweis für die Existenz der „ETA-Connection" herhalten: „Sie kundschaften die Häuser potentieller Opfer aus, sammeln Geld für die Täter und mieten für sie Wohnungen." (Berliner Zeitung, 23.4.) Da Frauen im Weltbild der Boulevardschreiber und Polizisten keine eigenständigen Personen sind, werden ihnen mildernde Umstände zuteil: „Sie tun es aus Liebe", so die Berliner Morgenpost am 12. Mai. Petra allerdings, die anfangs noch als Freundin und Mutter firmierte, habe sich „im Lauf der Ermittlungen als gefährliche Kampfgenossin entpuppt, die laut den spanischen Fahndern seit 1994 zum harten Kern der ETA gehört" (Focus, 21.4.).

Renate Sch. habe - besonders durchtrieben - ihren Freund Gary „aufgehetzt" (El Correo, 18.4.). Aus der Tatsache, daß Gabi und Petra als Lehrerinnen an Sprachschulen gearbeitet haben, wurde die These, daß „Terror-Propaganda im Spanischunterricht" betrieben werde (Berliner Zeitung, 23.4.). In deutschen Sprachschulen und bei Sprachreisen ins Baskenland versuche das ETA-Umfeld, deutsche StudentInnen zu beeinflussen und Leute zu rekrutieren. In Spanien wiederum benutzten deutsche ETA-UnterstützerInnen die Sprachschulen als Tarnung durch Vorspiegelung einer bürgerlichen LehrerInnen-Existenz. Der spanische Militärgeheimdienst überwache deshalb die Sprachschulen und -reisen.

Nach und nach entfaltete sich die „deutsche ETA-Connection" in der Presse zum Schreckensbild einer Internationale des Terrors, das von der Carlos-Gruppe über die ExilchilenInnen in Europa bis zur PDS reicht und in deren Zentrum die ETA steht. Die Stasi fehlt natürlich nicht. Insgesamt werden an die 50 Leute aus Frankreich, Schweden, Irland, der Schweiz, den Niederlanden, Italien, USA, Tunesien, Mexiko, Chile, Venezuela und der BRD mit Namen denunziert. Ein Boulevardblättchen zitiert ausgiebig aus einem Dossier der Guardia Civil, in dem 256 nichtspanische Personen aufgeführt sind, die mit ETA in Verbindung stehen sollen. (El Correo, 15.4., Epoca, 2.5. und 9.5.)

Das spanische Innenministerium mußte inzwischen zugeben, was das BKA und andere schon länger sagten: Gary ist kein RAF-Mitglied, auch von der „Splittergruppe" war nicht mehr die Rede. Vorstrafen hat Gary ebensowenig, dem LKA Hessen sei Gaby völlig unbekannt gewesen (El Correo, 18.4.). Während die spanischen Polizeibehörden und der VS die spanische und deutsche Presse ausgiebig mit Stellungnahmen zur „ETA-Connection" fütterten und große Szenarien entwarfen, hüllten sich die deutschen Ermittlungsbehörden in Schweigen. Das BKA erklärte nur, daß ETA keinerlei organisatorische Verbindung zur deutschen Linken habe, sondern lediglich von Einzelpersonen unterstützt werde. Der Sprecher der Wiesbadener Staatsanwaltschaft Wolfgang Greth ärgerte sich sogar öffentlich über die Medienschlacht aus Madrid, weil dadurch die Fahndung behindert werde: „Wir wissen Dinge, die wir nicht sagen wollen, weil Festnahmeoperationen geplant sind und es schlecht wäre, wenn diese verhindert würden. Wir arbeiten in Ruhe und können - vielleicht - noch weitere Personen festnehmen." (El País, 17.4.)

Eine ungewöhnliche Entscheidung

Gary wird nicht an Spanien ausgeliefert, was den spanischen Behörden ein Dorn im Auge ist. Aber dies ist ebenso wie bei Gabi nicht möglich, da gemäß Art. 16 des Grundgesetzes keine deutschen StaatsbürgerInnen ausgeliefert werden dürfen. Dies wird sich mit der Ratifizierung des von den EU-Staaten bereits im Juni 1996 beschlossenen neuen Auslieferungsabkommens ändern. Der Vertrag schreibt „bei Anschluß an eine bewaffnete Gruppe" eine Auslieferung ohne gerichtliche Prüfung vor.

Nichtsdestotrotz bezieht die spanische Staatsanwaltschaft Gary in ihr Ermittlungsverfahren gegen das Comando Madrid ein. Der spanische Ermittlungsrichter Balthasar Garzon hat einen Antrag an die deutsche Justiz gestellt, um die bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmten Sachen einsehen zu können und um Kopien von eventuellen Aussagen von Gary zu bekommen. Außerdem will er Gary selbst verhören. Entgegen dem ausgesprochenen Wunsch der Audiencia Nacional wurde gegen Gary kein § 129a-Verfahren eingeleitet, denn hierfür wäre es nach deutscher Rechtsprechung notwendig, daß eine Aktivität oder Struktur der ETA auf deutschem Territorium gerichtsbekannt wäre. Die Vorwürfe gegen Gary lauteten deshalb Sprengstoffbesitz und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion (El Correo, 18.4., Diario Vasco, 22.4.).

Der zuständige Wiesbadener Staatsanwalt Wolfgang Jördens hielt Gary gar nicht für ein ETA-Mitglied oder -Unterstützer, auch wenn er Kontakt zur ETA gehabt habe. Er forderte Garys Haftentlassung, weil keine Fluchtgefahr bestehe und die Anklagepunkte nicht die Aufrechterhaltung der Haft rechtfertigen (El Correo, 7.5.).

Das spanische Innenministerium reagierte darauf mit den Worten: „Wir wissen nicht, was am Freitag (der Tag der Haftprüfung, ak) passieren wird, aber wir setzen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel ein, um zu verhindern, daß das, was entschieden wird, die Ermittlungen behindert." (El Correo, 8.5.) Unter anderem überreichten sie dem Wiesbadener Richter Rolf Bartnick eine Mappe mit neuen Beweisstücken, die ausnahmsweise nicht in der Presse breitgetreten wurden. Das LKA Hessen sagte, es gebe genügend Beweise für Garys Zusammenarbeit mit dem Comando Madrid: In der Madrider Wohnung stand sein Name auf dem Klingelschild, seine Fingerabdrücke seien dort und in seiner Wiesbadener Wohnung ein gefälschter deutscher Paß gefunden worden, außerdem seien Kontakte zum ETA-Umfeld seit einiger Zeit belegt, so habe Gary mit der Schwester eines ETA-Terroristen zusammengewohnt (egin, 19.4.).

Am Tag der Haftprüfung telefonierte der Wiesbadener Provinzrichter mit Balthasar Garzon von der Audiencia Nactional. Der Richter entschied daraufhin, den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Haftentlassung abzulehnen, was diese „ungewöhnlich" fand. Gary solle mindestens ein halbes Jahr im Knast bleiben, „weil klare Beweise dafür vorliegen, daß er mit Sprengstoff umgegangen ist und falsche Papiere benutzt hat".

Um Mißverständnissen vorzubeugen, beeilte sich der Richter zu erklären, daß er sich keinem Druck von spanischer Seite ausgesetzt gesehen habe. Vielmehr bestehe jetzt Fluchtgefahr, weil die ETA Gary mit falschen Papieren versehen könnte. Der Staatsanwalt war auch sehr beeindruckt von der Präsentation „neuer Beweisstücke" und legte keinen Widerspruch ein. Die Anklage gegen Gary, die erst im Sommer fertig sei, wurde um „Lagerung von Sprengstoff und Waffen" und den „Gebrauch falscher Papiere" erweitert, dafür heißt es jetzt nicht mehr „Herbeiführung ...", sondern nur noch „Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" (Deia, 10.5., El Correo, 10.5.).

Nach Renate wird weiter gefahndet, das LKA Hessen hat 10 000 DM für Hinweise ausgelobt und ein Fahndungsfoto ausgegeben.

Krieg in den Medien

Der spanische Innenminister war sehr bemüht darum, für Gary und Renate den Be-

griff „Söldner“ zu prägen. Die Beteiligung von Ausländern an Kommandos der ETA zeige, daß ETA keinerlei politische Ziele verfolge, sondern eine Mafia sei, die Mörder und bewaffnete Gruppen anziehe, die das Baskenland nicht einmal auf einer Landkarte zeigen könnten, so der Minister. El País unterstellte zudem, daß ETA keine baskischen Jugendlichen mehr gewinnen könne und deshalb auf Individuen wie die beiden Deutschen zurückgreifen müsse. Warum diese Hetze?

Der Versuch, den politischen Charakter des Konflikts zu verdecken und die Befreiungsbewegung zu denunzieren, ist deutlich. Es gehe dabei nur um Mafia und um Geld, nicht um einen politischen Kampf.

Der bewaffnete Kampf der ETA, den es nun schon 36 Jahre gibt und der unvermindert anhält, hat zu einer Polarisierung der baskischen Gesellschaft geführt: nach wie vor wird ETA von einem nicht unbeträchtlichen Teil der baskischen Bevölkerung deutlich unterstützt und von einem anderen Teil genauso klar abgelehnt. Aber: Viele derjenigen, die gegen die bewaffnete Organisation sind, stehen nicht auf der Seite Madrids und befürworten nicht den spanischen Zentralstaat. Eine deutliche Mehrheit der BaskInnen und auch ETA selbst streben Verhandlungen an. Für das Madrider Regime sind Verhandlungen aber das Sinnbild ihrer Niederlage. In der Logik des spanischen Staates gibt es entweder die bedingungslose Unterstützung der Polizei und ihrer Methoden oder eben „Terrorismus“.

Wer öffentlich Verhandlungen fordert oder die Menschenrechtsverletzungen, Folter und den Staatsterrorismus kritisiert, sieht sich schnell mit dem Vorwurf der „Apologie des Terrorismus“ konfrontiert. Diese Politik hat sich deutlich verschärft: Eine kürzlich eingeführte Gesetzesänderung hat den Straftatbestand der „Unterstützung einer bewaffneten Bande“ aufgehoben, nun gibt es nur noch den der „Mitgliedschaft“ mit einem Strafmaß von 12-24 Jahren.

Die repressive Strategie zielt darauf, jede öffentliche Kritik am „schmutzigen Krieg“ gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung als „Propaganda der ETA“ zu denunzieren - und abzuurteilen. Ein Beispiel ist die staatliche Diktion, daß ETA-Mitglieder nach ihrer Verhaftung Foltervorwürfe erfinden, „um das Ansehen der Sicherheitskräfte zu untergraben“. Die spanischen Behörden führen einen Kampf um die ideologische Hegemonie. Die monatlichen informellen Pressegespräche und die Schulungen, die die Antiterrorismusabteilung des Innenministeriums JournalistInnen zuteil werden lassen, tragen Früchte: Die oben erwähnte Erklärung des Innenministers wurde tagelang als eigene Meinung in fast der gesamten Presse wiedergekäut. Verhaftungen, Prozesse und auch Morddrohungen „Unbekannter“ gegen RedakteurInnen der linken baskischen Zeitung egin sind die andere Seite der gleichen Medaille.

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
(um die Anmerkung gekürzt; Quelle: ak, 5.6.97)

Dies ist der zweite Teil der im vorletzten Angehörigen Info begonnenen Dokumentation zur „Demokratischen Alternative“, die von ETA im April 1995 zusammen mit dem folgenden „Manifest“ veröffentlicht wurde. Der jetzige Abdruck soll erfolgen, um die aktuellen Ereignisse in Euskadi/Baskenland besser verstehen und politisch-historisch einordnen zu können.

Internationalistische StudentInnen, Bremen

Manifest von „Baskenland und Freiheit“ (ETA) an das baskische Volk

ETA, revolutionäre baskische sozialistische Organisation der nationalen Befreiung, hat mit der Aktion gegen José María Aznar, dem Präsidenten der Volkspartei (PP), gegen einen der wichtigsten Repräsentanten der ewigen Feinde gehandelt, die die Unterdrückung gegen Euskal Herria (das Baskenland) unterstützen, und hat damit die sich verschärfende politische und institutionelle Krise bloßgelegt, die der spanische Staat durchmacht.1 Das repressive System, das von Franco vollkommen definiert hinterlassen wurde, gab eine falsche Antwort auf das „Spanische Problem“, als es die Rechte des Baskenlandes unberücksichtigt ließ. Die politischen Parteien, die Unterstützerinnen dieses Systems gewesen sind, haben in weitem Maße die Rolle akzeptiert, die ihnen zugeteilt war. Jetzt, nach der Niederlage in dem Versuch der PSOE (spanische Sozialdemokraten), den baskischen Widerstand zu liquidieren, die auf der anderen Seite unter der Last der Korruption und des schmutzigen Krieges erstickt, lauert die PP, gedrängt davon, die Ablösung in der Staatsführung zu übernehmen und von den BaskInnen verlangend, aus dem gleichen Faß mit essigsaurem Wein zu trinken.2

Die politischen Kräfte, die für einen Autonomiestaat eintraten, der seinen Ausgangspunkt und Maximalziel im „Spanischen Projekt“ hat, haben das Baskenland während dieser langen Jahre die Rechnung der sogenannten „Spanischen Demokratie“ bezahlen lassen mit der institutionellen (Spaltung, der Erstickung des Euskara (baskische Sprache), dem Raub der Kultur, dem industriellen Niedergang ...).

Aber wir zweifeln nicht im mindesten, daß der Kampf für die Rechte des Baskenlandes, der von der abertzalen Linken (baskische sozialistischen Linke(geführt wird, sehr viel mit der schweren Krise zu tun hat, die der spanische Staat durchmacht. Und heute finden die demokratischen Forderungen, die von ETA verteidigt und in ihrem Einsatz mit einem hohen Preis bezahlt werden, ein immer größeres Echo in den Formulierungen und Eingaben der politischen Parteien, Gewerkschaften und verschiedenen Organisationen, weil das Recht auf Selbstbestimmung ein Grundrecht ist, das dem baskischen Volk zusteht.

Beim Aufbau des Baskenlandes ist es die Aufgabe der baskischen Bevölkerung, die Spaltung unseres Volkes zu verhindern, wie auch, für unsere ökonomische Souveränität zu kämpfen angesichts der Deindustrialisierung, von der wir betroffen sind. Dazu gehört auch, Euskara zu lernen, die Wiedererlangung unserer Kultur in die Hand zu nehmen ... denn die Zukunft des Baskenlandes liegt außerhalb des spanischen und des französischen Staates, weil unsere Zukunft die Unabhängigkeit ist. Dieses und nichts anderes ist die tägliche Verpflichtung von ETA, in den Gefängnissen, im Exil und in der baskischen Gesellschaft.

Diese Verpflichtung und die Wahl ETAs, eine Verhandlungslösung voranzubringen, die die Unterdrückung von seiten des spanischen Staates gegen das Baskenland überwindet, bestehen schon seit langem. Damit wird die Alternative entwickelt, die ein Instrument bietet für das Zusammenfügen der Gesellschaft und der Mindestbedingungen, um als Volk überleben zu können. Seit damals, dank der Großmütigkeit und dem Freiheitswillen vieler Menschen, unter Überwindung von Hetze und schwanken Haltungen, ist das Ziel in der baskischen Gesellschaft lebendig, als freie BürgerInnen eines freien Volkes zu leben.

Obwohl der Kampf für die Unabhängigkeit weiterhin stark ist, obwohl die Stellungnahmen für das Recht auf Unabhängigkeit sich immer mehr verbreiten, obwohl die Forderung nach einer politischen Verhandlung zur Erreichung des Friedens, den die Anerkennung des Baskenlandes bringen wird, in der baskischen Gesellschaft Widerhall findet, besteht der politische Konflikt unverändert weiter aufgrund der Einmischung und unterdrückerischen Haltung des spanischen Staates. ETA bietet seit 20 langen Jahren den Weg an, um den bewaffneten Konflikt zu überwinden, indem sie dessen historische Wurzeln analysiert und einen gerechten Ausweg aus dem Konflikt vorschlägt. Aber heute noch muß die Stunde der Demokratie das Baskenland erst noch erreichen. Dem Baskenland werden seine Rechte verweigert, die baskische Gesellschaft hat weder Fähigkeiten noch Instrumente, um selbst über ihre Zukunft zu entscheiden.

Mit der Legitimation, Teil der baskischen Gesellschaft zu sein, und mit Hilfe dessen, was wir zum Kampf für die Unabhängigkeit des Baskenlandes beigetragen haben, wollen wir den Vorschlag erneuern, der die Erlangung der Demokratie im Baskenland ermöglicht, um einen dauerhaften Frieden in Souveränität zu erreichen und den Konflikt mit dem spanischen Staat zu überwinden.

(...)

Euskal Herria (Baskenland), 20. April 1995
Euskadi Ta Askatasuna

Aus Ekaitza, 17.4.1997

SS-Brigadeführer Karl Oberg

von Fermin Sanchez Agurruza, baskischer politischer Gefangener

Donnerstag, 6. März. Es ist Vormittag, halb elf, ich bin wie immer um diese Zeit zusammen mit meinen Genossen hier im Knast beim Hofgang. Plötzlich werde ich durch den Lautsprecher gerufen. Anwaltsbesuch, wird mir gesagt. Schnell erklimme ich die vier Stockwerke dieses Gemäuers, ziehe mich um, suche meine Papiere zusammen und mache mich auf den Weg zum Anwaltsbesuchsraum. Ich bin froh und gut gelaunt, denn die Anwaltsbesuche sind immer die angenehme Unterbrechung in der traurigen Monotonie des Knastalltags.

Als ich das Sprechzimmer betrete, ist es leer, und mir begegnet nicht, wie erwartet, das Lachen von Jon oder Yolanda. Wer da wohl kommt? Ich gehe in den Raum hinein - mal gucken, was passiert. Ein Kopf schiebt sich durch die Tür, und ich denke: Verdammt, das Gesicht kennst du doch! Es sagt auf französisch „Ja, ja, wir kennen uns!" Und wirklich - die beiden Typen, die da gekommen sind, sind Bullen der 6. Division der französischen Kriminalpolizei (politische Abteilung, Anm.d.Ü.). Zwei französische Bullen, getarnt als Anwaltsbesuch. Das sagt doch schon alles! Der, den ich kenne, streckt mir die Hand hin: „Setz dich, setz dich, wir sind gekommen, um mit dir zu reden.! Ich schlage sie mit einer abfälligen Geste aus und setze mich nicht. In meinem Kopf kreisen tausend Fragen. „Wir kommen wegen einer Untersuchung, du weißt schon warum, oder? Du bist es doch, der diesen Brief geschrieben hat?" Sofort wird mir klar, worum es geht.

Als Frankreich am 13. Januar Josu Arkauz in die Hände der spanischen Polizei auslieferte, war ich voller Wut. Voller Wut auf den französischen Staat, der uns erneut sein zynisches Gesicht gezeigt hatte. Ihr wißt schon, das ‚Heimatland der Menschenrechte' und so weiter ... Verdammte Bullen!

In der Zeit las ich gerade ein Buch aus der Gefängnisbibliothek über den Zweiten Weltkrieg: Lucien Steinberg, Les Allemands en France (1940-1944), Verlag Albin Michel, Paris 1980. Darin fand ich einen sehr interessanten Satz aus einem Gespräch zwischen dem SS-Brigadeführer Karl Oberg und René Bousquet im Jahr 1942. Aber erst will ich erklären, wer Karl Oberg ist: Chef der Gestapo im besetzten Frankreich, d.h. der Verantwortliche der Nationalsozialistischen Polizei, ein direkter Untergebener von Himmler und Heydrich. Hitlers fanatischer Anhänger und Vollstrecker, ohne jeden Zweifel. Und wer war diese andere Gestalt, an die der Vertreter der Herrenrasse seine Worte richtete? René Bousquet, Polizeichef der Vichy-Regierung, der ‚autonomen' Regierung von Vichy - treue Ergebene und Erfüllungsgehilfin der deutschen Besatzer, Petain und Konsorten ... Aber die Geschichte wiederholt sich ja bekanntlich, und im so wundersam verwandelten Europa erleben wir sie mittlerweile als Farce.

Also ein Bulle der Nazifaschisten und einer der ‚autonomen' französischen Kollaborationsregierung - ihr wißt schon, wie die das Volk beschützen. Und weiter im Text ...

„Ich wünsche, daß die Arbeit, die von der Polizei unserer beiden Länder gemeinsam begonnen wurde, die Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit im neuen Europa bildet und die Voraussetzungen dafür schafft, daß kriminelle und politische Verbrecher nicht weiter das Werk der Neugestaltung unserer Völker behindern können."

Das war es, was ich dem französischen Innenminister Debré, dem Chef der politischen Polizei Marion und der Richterin Le-Vert geschickt hatte. Manchmal ist es nicht nötig, den Lauf der Geschichte zu kommentieren - er bringt seinen eigenen Sarkasmus hervor. Karl Obergs Worte sind heute von extremer Aktualität, denn mittlerweile befinden wir uns in diesem ‚neuen Europa', von dem da die Rede war.

Bezeichnenderweise hatten Marion und Debré aber keinerlei Sinn für dergleichen Ironie und haben eine Klage wegen „Bedrohung" gegen mich eingereicht. Die Richterin LeVert scheint die Gesetze etwas besser zu kennen, oder vielleicht war ihr eine Klage aus diesem Anlaß auch einfach zu peinlich, auf jeden Fall hat sie nichts gegen derlei „gefährliche Bedrohungen" und ihre unabsehbaren Folgen unternommen. Den anderen beiden schien es aber kein Problem zu sein, sich lächerlich zu machen. Zu diesem Zweck waren die beiden französischen Bullen also gekommen, zu einer ‚polizeilichen Untersuchung' aufgrund er von Marion und Debré eingereichten Klage - die Genehmigung kam allerdings aus der Hand der Richterin Le-Vert.

Ich fühlte mich geehrte, daß durch eine kleine Bewegung meines Füllfederhalters hier in meiner häßliche Zelle diese beiden Herren sich in ihrem Schlaf gestört fühlten. Dazu lassen sie noch eine solche Komödie aufführen und denken, sie könnten uns damit Angst einjagen.

Diese Woche las ich in der Zeitung, daß der französische Innenminister Debré von der spanischen Regierung mit dem Verdienstkreuz ‚Isabel La Catolica' ausgezeichnet wurde. Diese apostolisch-katholische Königin gehörte, was ihre Haltung gegenüber den Juden angeht, zum Schlag des Karl Oberg.

Das sich unendlich drehende Rad der Geschichte kann uns mit seiner Ironie doch immer wieder zum Lachen bringen. Um es mit den Worten von ‚Katxu'* zu sagen: Das Leben könnt ihr uns nehmen, nicht aber unsere Gefühle. Unser Lachen werdet ihr uns nicht von den Lippen nehmen.

Und dieses Lachen, wenn es ironisch ist, kann eine scharfe Waffe sein. Man muß sie nur nutzen.

Fermin Sanchez Agurruza

Den Artikel hat Petra Elser aus dem Baskischen übersetzt. Petra wurde im November letzten Jahres zusammen mit ihrem Lebensgefährten in Frankreich verhaftet. Ihr wird Unterstützung von ETA vorgeworfen. Sie befindet sich seitdem in Fresnes in U-Haft.

Ihre Adresse: Petra Elser, MAF 866 762, Av. Des Thuyas, F-94261 Fresnes-Cedex

* Katxu, der baskische politische Gefangene José Mari Aranzamendi, wurde am 7. Februar dieses Jahres erhängt in seiner Zelle im Knast Alcala-Meco bei Madrid gefunden.



Festnahme eines baskischen Demonstranten bei einer Demonstration in Orereta

Erklärung der in „Sevilla II“[8] einsitzenden Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO

Nach der erläuternden und umfassenden Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei vom 15. Februar, das die „Verhandlungslüge“ anprangert, denken wir als politische Gefangene der PCE(r) und GRAPO in Sevilla II, daß wir zu dem Text und dessen Schlußfolgerungen, mit denen wir uns voll identifizieren, nur wenig hinzufügen können. Dennoch veranlaßt uns der von der Regierung gewählte propagandistische Kurs, ihre Unfähigkeit und ihre volle Verantwortung für das Scheitern der Gespräche zu verschleiern - indem sie den Verbleib von Cordón6 thematisiert und plump versucht, uns Gefangene und unsere Genossen auf der Straße zu spalten -, einige Sachen klarzustellen.:

1. Die Verhandlungen mit der Regierung wurden nicht abgebrochen, weil sie niemals begonnen wurden. Genaugenommen sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß - im Gegensatz zu den Erklärungen der Regierungsvertreter, als sie im April letzten Jahres den Kontakt zu uns forderten -, die Regierung nicht geneigt gewesen ist, über irgend etwas zu verhandeln, das von den Führungen unserer beiden Organisationen im Einverständnis mit uns - also ihren Repräsentanten - gefordert wurde, um die Gespräche erfolgreich abzuschließen.

2. Der Weg zu dieser Erkenntnis ist durch Geduld und Gutwilligkeit unsererseits und durch Sturheit, permanenten Fallenstellerei, Unklarheiten und vielen leeren Versprechungen seitens der Regierung gekennzeichnet gewesen. Zuerst hatten sie es angesichts der „Verhandlungs“-Euphorie, die nach dem knappen Wahlsieg der PP7 begann, sehr eilig, von uns eine Themenliste für die Verhandlungen zu fordern, die sie im September bekommen haben. Sie nahmen sie mit, und dann passiert ... nichts. Die Erfüllung der Vorbedingungen (Freilassung der erkrankten Häftlinge, Zusammenlegung, Ende der Zensur etc.), für ein Klima der Entspannung und die Einbeziehung aller eingesperrten Genossen unentbehrlich, wurde unter den wundersamsten Vorwänden übergangen, während es sich in Wirklichkeit um rein administrative Fragen handelte. Außerdem mußten wir ständig ihre Versuche, diese Haftbedingungen mit der Verhandlung an sich zu verbinden, ertragen und zurückweisen. Ihrer Verzögerungstaktik folgend haben sie niemals ein festes Datum für den Beginn des Dialogs über die Themenliste akzeptiert noch unsere Gegenforderungen akzeptiert, die wir hätten diskutieren können. Statt dessen haben sie nie aufgehört, die „großen Probleme“, die sie bei jedem Fortschritt hätten oder den „Druck“, dem sie aufgrund des Falles Cordón ausgesetzt seien, zu bejammern, während sich in Wirklichkeit niemand ernsthaft gegen eine Auseinandersetzung mit uns stellte. Selbst Aznar unterstützte das offen in Lissabon, außerdem versicherten wir bezüglich Cordón bei jedem Treffen unsere volle Überzeugung, daß dieser am 17. August 1995 freigelassen wurde. Ohne auf unsere Themenliste einzugehen, äußerten sie eiligst, „wozu sollten wir über die Gründe des Konflikts sprechen, wenn jede Seite ihre eigene Version hat“ und bezüglich der Garantien, daß „dieses Sachen sind, die Parlamentarier zu entscheiden haben“. Damit haben sie jegliche zukünftige Verhandlung ausgehöhlt. Wir werden uns hier über die Manöver dieser Leute nicht weiter auslassen, sondern verweisen auf die von unserer Partei erstellten Broschüre „Die Wahrheit über die Verhandlungen Staat - PCE(r) und GRAPO“[9]. Von September bis Januar hat es keine einzige Tat seitens der Regierung gegeben, die ihre angebliche „Verhandlungsbereitschaft“ belegt. Bis wir ihnen ausdrücklich sagten, daß wir wegen dieser Verzögerungstaktik so nicht weitermachen werden, rückten sie nicht mit dem heraus, was sie als „großzügiges Gegenangebot“ bezeichneten: die Freilassung der Gefangenen in den nächsten zwei Jahren, verlängerbar je nachdem, ob Cordón wieder zum Vorschein kommt oder nicht, gerechnet ab dem Zustandekommen eines umfassenden Abkommens, das eine vorherige Auflösung der GRAPO voraussetzt. Und dieses giftige Geschenk verpackten sie mit dem Beginn einer Zusammenlegung der Gefangenen in sechs Gefängnisse. Damit stellt sich heraus, daß Fragen wie die Abschaffung der Ausnahmegerichte und -gesetze, die Verantwortung des Staates für schmutzigen Krieg5 und Korruption, die Freiheit der politischen Gefangenen oder die Repression gegen die Widerstandsbewegung für die Regierung nie zur Diskussion standen, sondern lediglich eine Freilassung und der Fall Cordón! Eine Regierung, die Verhandlungen mit der ETA „mit

Erklärung der PCE(r)[1]:

Die Verhandlungslüge

Die seitens der Regierung verbreitete Behauptung von einer bevorstehenden „Vollendung“ von nie existiert habenden „Verhandlungen“ über eine angebliche „Legalisierung“ der PCE(r) und eine Auflösung der GRAPO[2] beweist den Zynismus und die harte Linie der Regierung an sich sowie jedes ihrer Mitglieder. Es ist derselbe mörderische Zynismus von reinster Nazi-Art, den sie schon benutzt haben, um die Funktionäre von HB[3] einzusperren, und den sie ebenfalls einsetzen, um den Streik der Lkw-Fahrer zu kriminalisieren[4].

Offenbar versuchen sie in unserem Fall, ein riesiges Lügengeflecht aufzubauen und dieses an die große Glocke zu hängen, womit sie nichts anderes bezwecken, als die öffentliche Meinung zu manipulieren, die wirklichen Ziele unserer Bewegung zu verschleiern und damit Repression und Folter zu rechtfertigen, die sie inner- und außerhalb der Gefängnisse weiterhin gegen uns anwenden.

Jetzt sieht es so aus, als ob das zentrale Thema der Gespräche nicht etwa der Staatsterrorismus[5], die Abschaffung der faschistischen Gesetze und Gerichte, die Selbstverwaltung aller vom spanischen Staat unterdrückten Völker, die Amnestie für alle politischen Gefangenen, wirtschaftliche und soziale Verbesserungen für die Arbeiter etc. (die einzigen Fragen, die wir unsererseits aufgeworfen haben) gewesen sei, sondern alleine das „Gespenst“ des Banditen Cordón[6].

Es liegt auf der Hand, daß die Regierung Aznar7 mit dieser Finte Konfusion verbreiten und ihre eigene Verantwortung sowie die vom gesamten Bürokratenapparate des staatsterroristischen Regimes für die längst vorbereitete Selbstamnestie verschleiern will.

Die PCE(r) hat mit den herrschenden Kapitalisten weder über eine „Legalisierung“ verhandelt, noch wird sie dies jemals tun. Deshalb wird sie verständlicherweise auch nicht die von Franco und seiner Armee aufgezwungene monarchistisch-faschistische Verfassung anerkennen. Das ist nichts als eine plumpe Lüge, die es nicht einmal verdient, kommentiert zu werden, genau wie die angebliche „Auflösung“ der GRAPO, die sie als bereits abgeschlossen betrachten. Diese Erfahrung wird uns einmal mehr zeigen, wieviel Wirklichkeit in diesen und weiteren derzeit von den Massenbeeinflussungsmedien verbreiteten Lügen enthalten ist. Es ist mehr als bewiesen, daß das faschistische und imperialistische Regime nicht geneigt ist, den Volksmassen oder ihren Organisationen ein nur noch so geringes demokratisches Eingeständnis zu machen. Vielmehr wird das Regime noch intensiver als zuvor, ganz leGAL5 und unverblümt, seinen Terrorismus und schmutzigen Krieg gegen das Volk fortsetzen. Folglich bleibt nur noch, sie anzuprangern und sich dem bewaffneten Kampf gegen sie mit allen Mitteln zu widmen.

Voran mit der Widerstandsbewegung!
Nieder mit dem terroristischen Staat!
Es lebe die PCE(r)! Es lebe die GRAPO!

Zentralkomitee der PCE(r), 15. Februar 1997

Leichen auf dem Tisch" rein propagandistisch ablehnt, packt ihrerseits auf den unsrigen einen Leichnam - den von Cordón -, der wahrscheinlich gar nicht unserer ist[10].

3. Die Verschlechterung der Gespräche war kein isolierter Akt, sondern ging einher mit einer Verschlechterung des politischen und sozialen Lebens in den letzten Monaten. In dieser Zeit hat die PP-Regierung es nicht geschafft, ein einziges durch die Staatskrise hervorgerufenes Problem zu lösen. Die politischen und wirtschaftlichen Kräfte bleiben offen auf Konfrontationskurs; zur gleichen Zeit setzt die Regierungspolitik zunehmend auf die Benutzung der Staatsgewalt, um den Protesten und Forderungen des Volkes zu begegnen, von den Lkw-Fahrern4 bis zu den Funktionären von HB3. Vor diesem Hintergrund der wachsenden Konfrontation und Gewalt kann die Regierung uns keine Garantie geben, weder daß es jetzt zu einem akzeptablen Einverständnis mit uns kommen kann, noch daß diese möglichen Einigungen in nächster Zukunft eingehalten werden könnten.

4. Den Dialog unter diesen Umständen fortzusetzen wäre nicht nur Selbstbetrug gewesen, sondern wir wären damit auch das Risiko eingegangen, uns zu Komplizen der Regierungsstrategie zu machen, die im Dezember mit Veröffentlichungen in El País über den „guten Fortschritt" der Verhandlungen begonnen hatte und seitens eben dieser Tageszeitung am 15. Februar fortgesetzt wurde. Ein Spielchen, bei dem sie sich als „dialogbereit, entgegenkommend und zuverlässig" darstellten, während sie in Wirklichkeit so doof waren, unsere Geduld mit Schwäche zu verwechseln, mit der Erfüllung ihrer Versprechen nur so geizten, kurzsichtig analysierten, übertrieben ängstlich Entscheidungen fällten und bei ihren öffentlichen Auftritten sowie ihren Versprechungen schlicht gelogen haben. Aber wir können uns diesem „Friedensspielchen" nicht weiter widmen, wenn um uns herum nichts als Krieg ist und sie Pistolenkugeln einsetzen, um Demonstrationen aufzulösen[11].

5. Sich auf unseren Charakter als Geiseln der Regierung konzentrierend, haben die letzten Presseveröffentlichungen hervorgehoben, wie sehr uns „die Knastjahre belasten". Viele von uns fürchten, dies könnte das Vorspiel zu von der Regierung vorbereiteten Maßnahmen sein, die uns diese „Belastung" spüren lassen: Zerstreuung, Iso-Haft, Schläge, Belästigungen oder etwas wie ein neuer „Selbstmord"[12]. Aber hiermit wollen wir signalisieren, daß wir uns nach so vielen Jahren in dieser Situation und angesichts der wachsenden Solidarität draußen dem stellen. In diesem Sinne erinnern wir daran, daß wir bereits einige erfolgreiche Schläge gegen die Regierungen von UCD[13] und PSOE[14] geführt haben und daß wir der PP auch welche zufügen können. Da haben wir das Beispiel von Genossen, die mit zwanzig Jahren Knast auf dem Buckel in den politischen Kampf zurückkehren ... in den Untergrund, weil sie ihnen keine andere Wahl lassen. Und da kommen sie jetzt und bieten uns deren mögliche Freilassung binnen zwei Jahren an! Während in dieser Zeit mehr als ein Dutzend von uns die Strafe abgesessen haben wird und von uns in fünf Jahren mehr als 30 Leute draußen sein werden! Mit einer ordentlichen Wut im Bauch!

6. Vor, während und nach dem Verhandlungsprozeß haben wir Gefangene uns immer voll und ohne Ausnahme mit unseren zwei Organisationen identifiziert, was allein schon die Tatsache beweist, daß wir zu deren Repräsentanten bestimmt wurden. Zwischen uns gibt es weder Spaltung noch Differenzen, ganz im Gegenteil zu den etablierten Parteien, deren Meinungsverschiedenheiten konstant sind, wie das letzte Treffen des Pakten von Ajuria Enea[15] klar gezeigt hat; lediglich erfolgreiche Geschäfte, die Vernebelung des schmutzigen Krieges, die politischen Skandale und das Front-Machen gegen die Proteste der Arbeiter eint sie. Wir sind nicht untereinander geeint, sondern wir denken auch, daß der Verhandlungsprozeß und seine Resultate genützt haben, uns mit den anderen sozialen und politischen Gruppen zu einen, die genauso unter der „Dialogbereitschaft" der PP-Regierung zu leiden haben, von den Lkw-Fahrern und den Minenarbeitern in Asturien und León[16] über die Menschen in Tarifa[17] und die Besetzer in Barcelona bis zur MLNV1[8].

7. Trotz des Scheiterns der Gespräche glauben wir, daß es den Versuch wert war und das Ergebnis für uns wie die gesamte Widerstandsbewegung positiv ist. Einerseits ist klargeworden, daß die Regierung und der von ihr repräsentierte faschistische Staat weder bereit sind, eine friedliche Lösung der Probleme zu suchen noch Konzessionen zu machen. Andererseits haben die Gespräche dazu gedient, daß wir, die bis vor kurzem noch als „finstere und merkwürdige GRAPOs" galten, jetzt in der Öffentlichkeit als ernstzunehmende Gesprächspartner einer politischen Verhandlung und mit einem Konzept revolutionärer Politik, an dem sich unsere bewaffneten Aktivitäten orientieren, erscheinen. Und daß sie geneigt sind voranzukommen, ohne daß die Regimepolitiker von uns - wie sonst üblich - verlangen auszupacken. Aus der Art und Weise, wie die Regierung die Gespräche erduldet hat, können wir einen klaren Schluß ziehen: Sie haben Angst gehabt, sich mit einem politischen Papier auf dem Tisch mit uns an denselben zu setzen, ein Forderungskatalog, der im übrigen die Hauptprobleme unserer Gesellschaft perfekt mit Forderungen verbindet, die von Abertausenden skandiert werden. Wir erinnern an unsere Erklärung vom 3. Dezember[19]: „Das, was hier zur Verhandlung steht, ist, ob es in Spanien möglich ist, eine revolutionäre Politik zu machen, ohne dafür verfolgt zu werden." Gut, jetzt haben wir festgestellt, daß dieses weiterhin nicht möglich ist; das Verhalten der Regierung rechtfertigt jede Kampfform, um ein demokratisch-revolutionäres Programm voranzutreiben.

8. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir in der genannten Erklärung unsere Zweifel, die Verhandlungsabsichten der Regierung betreffend, zu ihren Gunsten entschieden und ihnen damit bis zu einem gewissen Punkt einen politischen Kredit zugestanden haben. In ihrer Kurzsichtigkeit haben sie diesen an die Medien vergeudet, ohne etwas zu tun, sich den Kredit zu verdienen. Gut, und damit es jetzt klar ist: Wir kündigen ihnen diesen Kredit. Wir sind vollends überzeugt - sie haben uns zu dieser Erkenntnis gebracht -, daß die aktuelle Regierung der PP unfähig ist, irgendein Problem auf Verhandlungsbasis zu lösen, und daß mehr Ausbeutung, fehlende Freiheiten, Repression und schmutziger Krieg jene Arbeiter, Jugendlichen, Demokraten und Patrioten erwartet, die - aufgeschreckt durch die krassen Probleme - Wege suchen, sie zu lösen. Der einzig mögliche Weg dazu ist der des Kampfes.

Voran mit der Widerstandsbewegung!
Nieder mit dem terroristischen Staat!
Es lebe die PCE(r)! Es lebe die GRAPO!

Gefängnis Sevilla II, 24. Februar 1997

Anmerkungen der Übersetzerin:

1 PCE(r) - Partido Comunista de Espana (reconstituido), neukonstituierte KP Spaniens, arbeitet im Untergrund. 2 GRAPO - Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre, Antifaschistische Widerstandsgruppen Erster Oktober, bewaffnete Organisation. 3 HB - Herri Batasuna, Einheit unseres Volkes, baskische Wahlkoalition; im Februar 1997 wurden 19 HB-Vorstandsmitglieder festgenommen, gegen vier weitere Haftbefehl erlassen, weil die Organisation zuvor ein ETA-Video öffentlich vorgeführt hatte. Die bewaffnete Gruppe erläutert darin ihre Bedingungen für eine friedliche Lösung des Konfliktes. 4 Gemeint ist der Lkw-Fahrer-Streik vom 6. bis 19. Februar 1997, den Spaniens Regierung durch massiven Polizeieinsatz gegen Streikposten und die Eskortierung von Streikbrechern per Staatsgewalt beendete. 5 Anspielung auf die Todesschwadrone GAL (Grupos Antiterroristas de Liberación - Antiterroristische Befreiungsgruppen), die im sogenannten „schmutzigen Krieg" etliche mutmaßliche „Terroristen" ermordeten. 6 Publio Cordón Munilla, spanischer Unternehmer, wurde am 27. Juni 1993 in Zaragoza von der GRAPO entführt und nach erfolgter Lösegeldzahlung am 17. August desselben Jahres in Barna freigelassen. Allerdings ist er nie aufgetaucht, weshalb Staat und Familie die GRAPO beschuldigen, ihn umgebracht zu haben. 7 José Maria Aznar López, Vorsitzender der konservativen PP (Partido Popular - Volkspartei), Ministerpräsident Spaniens seit Anfang Mai 1996. 8 Im Knast „Sevilla II" sind seit 1996 elf der rund 60 Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) zusammengelegt, drei von ihnen hatte die PCE(r) zuvor als Verhandlungsdelegation benannt. 9 Diese von der PCE(r) im Dezember 1996 herausgegebene Broschüre umfaßt ca. 30 Seiten und dokumentiert den Diskussionsprozeß der Gefangenen, Berichte von Gesprächen mit den „Regierungsvertretern" - die in Wirklichkeit Geheimdienstmitarbeiter waren - und den Forderungskatalog von PCE(r) und GRAPO. 10 Damit spielen die Gefangenen auf ihre Vermutung an, daß die spanische Regierung über den Verbleib des Unternehmers Cordón Munilla weit mehr weiß als die GRAPO selbst. Im Prozeß zur Entführung äußerte einer der Angeklagten, die Bullen hätten einen Spitzel mit dem Namen „Alberto Martínez Hernando" in die Organisation eingeschleust, der mit dem Verschwinden Cordóns nach dessen Freilassung zu tun haben könnte. 11 Am 15. Februar 1997 gaben Polizisten im baskischen Bilbo mehrere scharfe Schüsse auf TeilnehmerInnen einer HB-Demo ab und trafen dabei zwei Menschen. 12 Am 7. Februar 1997 wurde der inhaftierte Josu Mari Arranzamendi, ein mutmaßlicher ETA-Aktivist, in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Laut Regierung ein Selbstmord, später wurde jedoch bekannt, dem

Erklärung an die Öffentlichkeit

Wir sehen einem neuen Augenblick unserer Gefangenschaft entgegen. Am Samstag, den 29. März, wurden wir morgens um 7 Uhr in den Hochsicherheitstrakt im Inneren des Gefängnisses COF überführt. Am Morgen wurden wir in der Abteilung der Frauen eingekesselt, um uns de Rückzug in andere Teile des Männergefängnisses San Miguel abzuschneiden. Sie begannen, uns in unseren Zellen einzusperren, befahlen uns, schnell die nötigsten Habseligkeiten einzupacken und vor allem keinen Aufstand zu machen.

Es gibt zwei Arten der Überführung: die einfache und die schwierige. Die Polizei wählte selbstverständlich die für sie leichteren Form, um die Kontrolle über uns nicht zu verlieren. Die Wahl des Datums und der Tageszeit war kein Zufall. Sie wählten genau den Zeitpunkt, als eine größere Anzahl von Kindern in der Abteilung waren. Sie wissen, daß Frauen und Mütter nichts riskieren würden, solange die Kinder dabei sind, und sie so ihren Plan mit sicherer Gewißheit durchführen können. Das war eine niederträchtige Gemeinheit der Polizei, denn wiederholt haben wir formell versichert, daß wir uns der Überführung nicht widersetzen werden. Außerdem formulierten wir unsere Sorge, daß dieser Augenblick möglichst unter normalen Bedingungen stattfinden sollte und die Kinder nicht darin verwickelt werden dürften. Unsere Wünsche wurden überhaupt nicht respektiert. Neun Kinder waren bei der Überführung dabei. Ein Wagen mit Matratzen wurde für die Frauen mit Kindern hergerichtet, ein weiterer Wagen für die übrigen Frauen.

Wir erreichten also COF mit unseren Kindern. Dort angekommen, wurde uns klar, daß die im Februar in einem Hungerstreik erwirkten Versprechen nach der Beibehaltung unserer Lebensführung nicht eingehalten würden. Im Gespräch mit dem Direktor Regional der Polizei, Victor Ortega, der zugleich der höchste Verantwortliche für die Hochsicherheitseinheiten im COF und CAS (Carcel de Alta Seguridad; Hochsicherheitsgefängnis) ist, hatte uns dieses Versprechen gegeben. Heute sollen wir in Einzelzellen als dauerndem Lebensraum leben, eingeschränkte Besuche, Kerker, Isolation und keine Kommunikation (z.B. Briefe zu schicken oder selbst zu erhalten, die mit der chilenischen Post ankommen). Außerdem dürfen wir uns nicht um die Beziehung zu unseren Kindern kümmern. Aufgrund dieser Gemeinheiten lehnen wir es strikt ab, weniger als die Rechte, die wir in San Miguel hatten, zu akzeptieren, und erklären diese Zeit als Übergangszeit, bis sich definitiv unsere Forderungen erfüllen, angesichts derer es schon eine Erklärung des Untersekretärs der Rechtspflege, Herrn Jose Antonio Gomez, gegeben hat.

Jetzt haben wir die Entscheidung getroffen, die Kerker zu verlassen und den zweiten Stock des Nebenhauses zu besetzen und die Zellen dort jeweils zu zweit zu teilen, um dort einen Lebensraum mit mehr Würde aufbauen zu können. Selbst wenn wir das Eingeschlossensein akzeptieren, soll dies nur Übergangscharakter haben. Auf der anderen Seite akzeptieren wir nicht den zahlenmäßig beschränkten Besuch von Verwandtschaft und Freunden.

Zuletzt lassen wir nicht zu, daß der Besuch und die alltägliche Beziehung zu unseren Kindern negativ beeinflußt werden.

Ein Nein den Hochsicherheitsgefängnissen, Freiheit den politischen gefangenen Männern und Frauen

31.3.1997

Protestbrief

Im folgenden die Übersetzung des Textes einer Faxaktion für die politischen gefangenen Frauen in Chile, der uns erreicht hat

Aktuelle Situation:

Seit 1992 sind 17 politische gefangene Frauen unter menschenverachtenden Bedingungen im Männergefängnis San Miguel in Haft gewesen. Aufgrund mühsamer und langandauernder Kämpfe der Frauen gegen Regierung und Gefängnisleitung, begleitet von nationalem und internationalem Druck, erreichten sie beträchtliche Verbesserungen ihrer Haftsituation sowie die Freilassung von drei politischen gefangenen Frauen. Mit der Verlegung in den Hochsicherheitstrakt des Frauengefängnisses COF am 29.3.97 verloren die Frauen alle ihre vorher erkämpften Rechte.

Wir unterstützen daher folgende ihrer Forderungen:

- Aufhebung der Kameraüberwachung in allen Räumen, die von männlichen Schließern durchgeführt wird;
- längere Hofgangszeiten (mehr als eine Stunde am Tag)
- Recht auf angemessene medizinische Versorgung
- Aufhebung der Einzelhaft

Neben diesen Forderungen zur Verbesserung ihrer Haftbedingungen stellen die Frauen die dringende Forderung einer Begnadigung für ihre Genossin María Cristina San Juan Avila. Sie sehen das Leben dieser Frau bedroht, die schwerkrank, depressiv und selbstmordgefährdet ist. Deswegen fordern wir, zusammen mit ihren gefangenen Genossinnen, ihre sofortige Freilassung.

(Unterschrift)



Fortsetzung von Seite 15

Erhängten seien die Hände hinter dem Rücken zusammengebunden, die Füße gefesselt und die Augen verbunden gewesen. 13 UCD - Unión del Centro Democrático, demokratische Zentrumsunion, spanische Regierungspartei von Juli 1977 bis 1982. 14 PSOE - Partido Socialista Obrero Espanol, sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, regierte das Land von November 1982 bis Mai 1996. 15 Ajuria Enea - baskischer Regierungspalast in Gasteiz. Der Pakt von Ajuria Enea wird aus allen Parteien des baskischen Parlaments - ausgenommen Herri Batasuna - gebildet, um eine friedliche Lösung fürs Baskenland zu finden. Die Treffen des Paktes sind jedoch durch starke Diskrepanzen der TeilnehmerInnen gekennzeichnet. 16 Asturien und León - Regionen im Norden des Landes, die stark durch den Untertagebau geprägt sind. Spaniens Regierung will gewaltige Subventionskürzungen vornehmen, was im November 1996 Tausende auf die Straße brachte, derzeit wird über die Zukunft des Bergbaus verhandelt. 17 Tarifa - Küstenstadt im Süden der Halbinsel nahe der Straße von Gibraltar. Im Dezember 1996 wurde dort mit der Verlegung einer Unterwasser-Hochspannungsleitung begonnen, die Spanien mit Marokko verbinden soll. Inder Stadt gibt es etliche - teils militante - Proteste dagegen. 18 MLNV - Movimiento de Liberación Nacional Vasco, baskisch-nationale Befreiungsbewegung, gilt als Oberbegriff für die Organisationen der radikalen baskischen Linken. 19 Damals bestätigten die Gefangenen öffentlich die Existenz der Gespräche.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Palmaille 24, 22767 Hamburg. V. i. S. d. P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel.: (0 40) 38 13 93, Fax: (0 40) 3 89 83 31 (mit Empfängervermerk). Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 5454194. ***Redaktionsschluß für Nr. 197: So, 3.8.97***